

Beteiligentransparenzdokumentation

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/2286)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 26. Januar 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz regelt die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern, Personen, die aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen aufgenommen sind, abgelehnten Asylbewerbern und unerlaubt eingereisten Ausländern. Die konkrete Verteilung richtet sich nach der Thüringer Flüchtlingsverteilungsverordnung. Demnach sind Landkreise und kreisfreie Städte unabhängig von ihren individuellen Möglichkeiten zur Aufnahme von Personen dieses Personenkreises nach einer von der Landesregierung festgesetzten Quote verpflichtet. Wenn sich Kommunalvertretungen ausdrücklich bereit erklärt haben, mehr Personen des genannten Personenkreises aufzunehmen, finden Abweichungen nicht unmittelbar Berücksichtigung. Überdies hat Thüringen formelle und materielle Änderungen noch nicht umgesetzt, die sich aus dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20. Oktober 2015, BGBl. I S. 1722, ergeben.

Seit Jahren beklagen sich Kommunen über die willkürlich anmutende Verteilung von Personen, die sich fortgesetzt gegen Regeln und Gesetze stellen und damit die übergroße Mehrheit von wirklich Hilfe und Schutz suchenden Menschen in Misskredit bringen. Die Behörden vor Ort beklagen fehlende Eingriffsmöglichkeiten, mangelhafte Personalausstattung der Polizei und Belästigung der Rettungsdienste.

B. Lösung

Die Aufnahmepflicht der Landkreise und kreisfreien Städte wird näher umrissen und die Höchstverweildauer in einer Erstaufnahmeeinrichtung entsprechend § 47 Asylgesetz (AsylG) auf 18 Monate angepasst. Von diesen Anpassungen werden Familien mit minderjährigen Kindern und Personen ausgenommen, deren Identität eindeutig nachgewiesen ist. Damit werden zum einen die Entwicklungsbedürfnisse der Kinder besonders berücksichtigt, zum anderen wird ein Anreiz gesetzt, die Identität offenzulegen.

C. Alternativen

Beibehaltung der bestehenden Rechtslage

D. Kosten

Mit zusätzlichen Kosten wird nicht gerechnet. Etwaigen Mehrkosten durch die längere zentrale Unterbringung werden durch Einsparungen bei der Kostenerstattungspflicht an Landkreise und kreisfreie Städte kompensiert. Da sich eine Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes befindet, können durch einen längeren Aufenthalt Fahrtkosten gespart werden, die andernfalls für Fahrten zwischen dem zugewiesenen Wohnsitz in den Kommunen und der Außenstelle des Bundesamtes entstehen.

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 1 des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom 16. Dezember 1997 (GVBl. S. 541), das zuletzt durch Gesetz vom 13. September 2016 (GVBl. S. 486) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

"§ 1 Aufnahmepflicht

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind verpflichtet, folgende Ausländer aufzunehmen und unterzubringen:

1. Personen, deren Aufenthalt nach dem Asylgesetz gestattet ist,
 2. Personen, die einen Folgeantrag nach § 71 des Asylgesetzes (AsylG) oder einen Zweitantrag nach § 71a AsylG stellen,
 3. Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 oder § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) wegen des Krieges in ihrem Heimatland oder nach § 25 Abs. 4 Satz 1, Abs. 4a, 4b oder 5 AufenthG,
 4. Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 oder § 24 AufenthG, die nicht wegen des Krieges in ihrem Heimatland erteilt wurde, oder einen Aufenthaltstitel nach § 23 Abs. 2 AufenthG besitzen,
 5. Personen, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 22, 23a Abs. 1 oder § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG erteilt wurde,
 6. Personen, die eine Duldung nach § 60a AufenthG besitzen und Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, auch wenn eine Abschiebeandrohung noch nicht oder nicht mehr vollziehbar ist,
 7. Personen, die nach § 15a AufenthG verteilt werden.
- Dies gilt auch für Ehegatten und minderjährige ledige Kinder von Personen nach Satz 1, auch wenn sie die dort genannten Voraussetzungen nicht erfüllen. Die Pflicht zur Aufnahme von Personen nach Nummer 1, 2, 6 und 7 entsteht erst nach der Entscheidung des Bundesamts über den Asylantrag und im Falle der Ablehnung des Asylantrags bis zur Ausreise oder bis zum Vollzug der Abschiebungsandrohung oder -anordnung, spätestens jedoch nach 18 Monaten nach Antragstellung. Die Pflicht zur Aufnahme minderjähriger Kinder unter 14 Jahren und ihrer Eltern oder anderer Sorgeberechtigter und Personen, deren Identität mit einem gültigen Personaldokument festgestellt ist, entsteht ungeachtet vom Aufenthaltsstatus."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz regelt die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern, Personen, die aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen aufgenommen sind, abgelehnten Asylbewerbern und unerlaubt eingereisten Ausländern. Die konkrete Verteilung richtet sich nach der Thüringer Flüchtlingsverteilungsverordnung. Demnach sind Landkreise und kreisfreie Städte ganz unabhängig von ihren individuellen Möglichkeiten zur Aufnahme von Personen dieses Personenkreises nach einer von der Landesregierung festgesetzten Quote verpflichtet. Mit den vorgeschlagenen Änderungen werden mehrere Ziele verfolgt: Die Aufnahmepflicht der Landkreise und kreisfreien Städte wird konkretisiert. Die Möglichkeit zum Verbleib in der Erstaufnahmeeinrichtung wird entsprechend erweitert. Familien mit minderjährigen Kindern werden davon genauso ausgenommen wie Flüchtlinge, deren Identität festgestellt ist. Damit wird ein Anreiz gesetzt, an der Identitätsfeststellung mitzuwirken. Die formellen und materiellen Änderungen, die sich aus dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20. Oktober 2015, BGBl. I S. 1722, ergeben, werden umgesetzt.

B. Begründung einzelner Vorschriften**Zu Artikel 1**

Der Begriff Asylverfahrensgesetz wird durch den 2015 mit Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes eingeführten Begriff Asylgesetz ersetzt. Die Aufnahmepflicht der Landkreise und kreisfreien Städte wird umgrenzt. Die Pflicht zur Aufnahme von Asylantragstellern, Asylfolgeantragstellern, geduldeten, vollziehbar ausreisepflichtigen und unerlaubt eingereisten Ausländern entsteht in Übereinstimmung mit § 47 Abs. 1 AsylG erst nach Ablauf von 18 Monaten oder mit Anerkennung der Asyl- und Flüchtlingseigenschaft, es sei denn, zu ihrer Kernfamilie gehören Kinder unter 14 Jahren oder sie können ihre Identität zweifelsfrei nachweisen.

Diese Regelung trägt dem besonderen Schutzbedürfnis von Kindern unter 14 Jahren und ihren Erziehungsberechtigten Rechnung. Daneben soll durch die Regelung zum Identitätsnachweis die Motivation zur Mitwirkung verbessert werden. Das Feststellen der Identität erleichtert auch den für den Ablauf des weiteren ausländerrechtlichen Verfahrens zuständigen unteren Ausländerbehörden die weitere Bearbeitung. Zeit- und ressourcenaufwändige Ermittlungsverfahren erübrigen sich. Eine Verpflichtung zur Verteilung entsteht in der Regel erst, wenn die Voraussetzungen für eine Verfestigung des Aufenthaltes vorliegen.

Neben der eingeschränkten Aufnahmepflicht bleibt die Notfallregelung in § 3 Abs. 3 ThürFlüAG bestehen. Es bleibt weiterhin die Möglichkeit, dass im Falle eines gegenwärtigen, auf andere Weise nicht abwendbaren Unterbringungsnotstands in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes das Landesverwaltungsamt im Einzelfall abweichend von der Rechtsverordnung kurzfristig die Unterbringung in den Landkreisen und kreisfreien Städten anweisen kann.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen e.V.

Prof. Dr. Dörig, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Gewerkschaft der Polizei Thüringen

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag

Gemeinde- und Städtebund Thüringen

Amnesty International

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Zentrum für Integration und Migration

Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung

MigraNetz Thüringen e.V.

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung e.V.

Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

20359/21

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verein der Thüringer Verwaltungswirte und Verwaltungswirtinnen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Jenaer Str. 2a, 99425 Weimar</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verein der Thüringer Verwaltungswirte und Verwaltungswirtinnen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Jenaer Str. 2a, 99425 Weimar	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Verein der Thüringer Verwaltungswirte und Verwaltungswirtinnen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Jenaer Str. 2a, 99425 Weimar										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der Interessen der Thüringer Verwaltungsrichter	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	es erfolgt keine inhaltliche Äußerung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wilmers 11.8.2021	

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen e.V.

Thüringer Verwaltungsrichterverein
c/o VG Weimar ■ Jenaer Str. 2 a ■ 99425 Weimar

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz

nur per Mail

THÜR. LANDTAG POST
11.08.2021 12:49

11. August 2021

20327/21

**Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsauf-
nahmegesetzes, Drucksache 7/2286**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zu dem genannten Gesetzentwurf.

Wir möchten uns zu dem Gesetzentwurf nicht äußern. Die neu vorgeschlagenen Sätze 3 und 4 in § 1 des Entwurfs und auch die vom Ausschuss in dem Schreiben gestellten Fragen berühren im Wesentlichen verwaltungspraktische Probleme, zu denen wir aus richterlicher Sicht nichts beitragen können.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen:

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Prof. Dr. Harald Dörig</td> <td style="padding: 5px;">Friedrich-Schiller-Universität Jena Rechtswissenschaftliche Fakultät</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Carl-Zeiss-Str. 3</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Prof. Dr. Harald Dörig	Friedrich-Schiller-Universität Jena Rechtswissenschaftliche Fakultät	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Carl-Zeiss-Str. 3	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
	Name	Organisationsform									
	Prof. Dr. Harald Dörig	Friedrich-Schiller-Universität Jena Rechtswissenschaftliche Fakultät									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Carl-Zeiss-Str. 3									
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Honorarprofessor ; Bundesrichter a.D.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gesetzesinitiative entspricht den bundesrechtlichen Vorgaben des Asylgesetzes. Eine Privilegierung von Ausländern mit gefährdeter Identität bei der Verteilung auf Landkreise und kreisfreie Städte ist zulässig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 15.08.2021	

Prof. Dr. Harald Dörig
Honorarprofessor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Schiller-Universität Jena
Carl-Zeiss-Str. 3
07743 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 15.08.2021

Stellungnahme zum Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes – Drs. 7/2286

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben mich mit Schreiben vom 20.07.2021 um eine Stellungnahme zu og. Gesetzentwurf gebeten. Dem komme ich hiermit nach.

1. Inhalt und Ziel des Gesetzentwurfes

Der Gesetzentwurf formuliert Kriterien für die Verpflichtung der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte zur Aufnahme von Asylantragstellern und weiteren innerhalb des Landes zu verteilenden Ausländerinnen und Ausländern. Er setzt die bundesrechtlich in § 47 Abs. 1 Asylgesetz (AsylG) verankerte Regelung um, wonach Asylantragsteller für einen bestimmten Zeitraum in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen haben. Das AsylG sieht vor, dass die Betroffenen bis zur Entscheidung des Bundesamtes über den Asylantrag in der Aufnahmeeinrichtung zu wohnen haben, im Falle der Ablehnung des Asylantrags bis zur Ausreise oder bis zum Vollzug der Abschiebungsandrohung oder -anordnung, längstens jedoch bis zu 18 Monate, bei minderjährigen Kindern und ihren Eltern oder anderen Sorgeberechtigten sowie ihren volljährigen, ledigen Geschwistern längstens jedoch bis zu sechs Monate. Diese Fristen gelten seit Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom 15.08.2019 (BGBl I S. 1294, 1302). Sie wurden auf Empfehlung des BT-Innenausschusses eingefügt (BT-Drs. 19/10706 vom 5.06.2019).

Der vorliegende Gesetzentwurf hat zum Ziel, diese für Asylantragsteller geltende Pflicht auch zur Grundlage für die Aufnahmespflicht der Landkreise und kreisfreien Städte zu machen. Nach gegenwärtiger Praxis werden die Asylantragsteller nach meinem Kenntnisstand schon vor Abschluss ihres Anerkennungsverfahrens auf die Kommunen verteilt, und zwar nach 4 bis 8 Wochen. Die Landesregierung versteht die Regelung des § 47 Abs. 1 AsylG offenbar dahin, dass sie dadurch nicht verpflichtet ist, die Asylantragsteller für den im Bundesrecht geregelten Zeitraum in der Aufnahmeeinrichtung unterzubringen, sondern frei ist, diese auch schon früher auf die Kommunen zu verteilen. Ob diese Rechtsauffassung zutrifft, ist nicht Gegenstand der

Begutachtung (für einen entsprechenden Handlungsspielraum der Länder votiert Hocks in: Dörig, Handbuch Migrations- und Integrationsrecht, 2. Aufl. 2020, § 19 Rn. 357c).

Zugleich nimmt der Gesetzentwurf zwei Gruppen von Personen von der Pflicht zur längeren Wohnsitzverpflichtung in der Aufnahmeeinrichtung aus. Das sind Familien mit Kleinkindern einerseits und Menschen mit geklärter Identität andererseits. Die erste Gruppe zu privilegieren erfolgt aus humanitären Überlegungen und erkennt – übereinstimmend mit § 47 Abs. 1 AsylG - die besondere Schutzbedürftigkeit dieser Gruppe an. Die Privilegierung der anderen Gruppe verfolgt offenbar den Ansatz der Anreizschaffung. Aus der Erfahrung, dass viele Asylantragsteller keine Personaldokumente vorlegen, soll nun – so verstehe ich den Gesetzentwurf - ein Anreiz zur Mitwirkung geschaffen werden, indem diejenigen, die sich ordnungsgemäß ausweisen, mit einer schnelleren Umverteilung und kürzeren Verweildauer in der Aufnahmeeinrichtung belohnt werden.

Durch den Gesetzentwurf bleibt damit der Sache nach für die privilegierten Gruppen die bisherige Thüringer Situation der schnellen Umverteilung beibehalten, während die anderen Personen mit der bundesrechtlich vorgesehenen längeren Verweildauer zu rechnen haben.

2. Rechtliche Bewertung

Die Regelungen über die Unterbringung von Asylantragstellerin in Gemeinschaftseinrichtungen oder in Wohnungen/Unterkünften an unterschiedlichen Orten finden ihre Grundlage in Art. 17 und 18 der EU-Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU vom 26.06.2013 (RL). Nach Art. 17 RL haben die Mitgliedstaaten dafür Sorge zu tragen, dass Antragsteller ab Stellung des Antrags auf internationalen Schutz im Rahmen der Aufnahme materielle Leistungen in Anspruch nehmen können, die einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen. Als Unterbringungsmöglichkeiten sieht Art. 18 RL u.a. Unterbringungszentren, Privathäuser, Wohnungen, Hotels oder andere für die Unterbringung von Antragstellern geeignete Räumlichkeiten vor. Nach Art. 7 Abs. 2 RL können die Mitgliedstaaten - aus Gründen des öffentlichen Interesses, der öffentlichen Ordnung oder wenn es für eine zügige Bearbeitung und wirksame Überwachung des betreffenden Antrags auf internationalen Schutz erforderlich ist - einen Beschluss über den Aufenthaltsort des Antragstellers fassen.

Diesen europarechtlichen Vorgaben wird durch die Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen gemäß § 47 Abs. 1 AsylG wie auch durch dezentrale Unterbringung nach den Möglichkeiten der Kommunen Rechnung getragen. Vorgaben für die Dauer der Unterbringung in Gemeinschaftseinrichtungen enthält die RL nicht. Jedoch ist dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung zu tragen, der Einschränkungen der Freizügigkeit nur so lange erlaubt, wie dies zur Erfüllung legitimer Zwecke erforderlich ist, z.B. wegen der besseren Erreichbarkeit der Asylantragsteller in der Phase der Bearbeitung ihres Asylantrags oder der Organisation ihrer Ausreise. Das mit der vorliegenden Gesetzesänderung geplante Verfahren hält sich im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben.

Es entspricht auch den Vorgaben des Bundesrechts. Die Rechtsgrundlage für das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz bildet § 50 Abs. 2 AsylG. Dabei sind die Vorgaben des Bundesrechts zu beachten. § 47 Abs. 1 AsylG sieht einen bis zu 18-

monatigen Aufenthalt in einer Aufnahmeeinrichtung vor (verlängert in den Fällen des § 47 Abs. 1 Satz 3 AsylG). Dieser soll die schnellere und abschließende Bearbeitung der Asylanträge erleichtern (vgl. Hailbronner, Kommentar zu § 47 AsylG, Stand: Juni 2020, Rn. 2; VG Düsseldorf, Urteil vom 5.07.2019 - 1 K 15351/16, Rn. 36). Die Gesetzesnovelle orientiert sich stärker an den bundesrechtlichen Vorgaben als die derzeitige Verteilungspraxis Thüringens. Denn nach § 50 Abs. 1 AsylG ist eine Entlassung aus der Aufnahmeeinrichtung erst vorgesehen, wenn das Bundesamt den Schutzantrag des Asylantragstellers positiv beschieden oder ein Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung einer Klage gegen die Entscheidung des Bundesamts angeordnet hat.

Keinen rechtlichen Bedenken begegnet auch die vorgeschlagene Regelung, für diejenigen Personen eine schnellere Verteilung auf die Kommunen vorzusehen, deren Identität geklärt ist. Die Klärung der Identität ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration von Ausländern. Das ergibt sich aus zahlreichen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG). So ist nach § 5 Abs. 1a AufenthG die Klärung der Identität des Ausländers eine Regelvoraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Das gilt auch für humanitäre Aufenthaltserlaubnisse, wie sie Flüchtlingen und anderen international Schutzbedürftigen zu gewähren sind. Selbst die Erteilung einer Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung setzt die Klärung der Identität voraus (§ 60c Abs. 2 Nr. 3, § 60d Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Die Identitätsklärung ist eine wesentliche Integrationsvoraussetzung.

Das Bundesverwaltungsgericht hat hierzu in seinem Urteil vom 14.05.2013 (1 C 17.12 - Rn. 24) ausgeführt:

"... die Regelerteilungsvoraussetzung geklärter Identität in § 5 Abs. 1 Nr. 1a AufenthG (...) ist Ausdruck eines gewichtigen öffentlichen Interesses an der Identifizierung eines Ausländers vor Legalisierung seines Aufenthalts. Das sicherheitsrechtlich motivierte Anliegen dieser Erteilungsvoraussetzung kommt im Gesetzgebungsverfahren deutlich zum Ausdruck. Denn zur Begründung des § 5 Abs. 1 Nr. 1a AufenthG wurde im Innenausschuss des Bundestags darauf abgestellt, dass es nicht zuletzt vor dem Hintergrund weltweiter Terrorismusgefahren nicht angehen könne, dass Personen, die an der Klärung ihrer Identität nicht mitwirkten, der Zugang zu einem Aufenthaltstitel geëbnet werde (BT-Drs. 15/955 S. 7)."

Die Verteilung von Asylantragstellern auf die Landkreise und kreisfreien Städte soll jedenfalls auch deren Integration erleichtern. Die Integration wird aber erschwert, wenn die Kommunen mangels Identitätsklärung nicht wissen, wer die zugewiesenen Ausländer wirklich sind, welche Staatsangehörigkeit sie haben, ob sie aus Herkunftsländern mit niedrigen Anerkennungsquoten stammen, ob sie wegen schwerer Straftaten im Herkunftsland von der Anerkennung als Flüchtling ausgeschlossen sind oder aktuell ein Sicherheitsrisiko darstellen. Daher ist es ein legitimes gesetzgeberisches Anliegen, Ausländern im Rahmen des Aufnahmeverfahrens Anreize zur Mitwirkung an der Klärung ihrer Identität zu geben und den Kommunen vorrangig diejenigen Personen zuzuweisen, die sich insoweit kooperativ verhalten (haben) und daher auch bessere Integrationsvoraussetzungen mitbringen.

Zu berücksichtigen ist auch, dass § 60b AufenthG für Ausländer mit ungeklärter Identität unter den dort näher beschriebenen Voraussetzungen eine eigene Kategorie der

Duldung vorsieht, die die Betroffenen schlechter stellt als Ausländer mit geklärteter Identität, ihnen insbesondere die Ausübung einer Erwerbstätigkeit versagt und eine Wohnsitzverpflichtung auferlegt (§ 60b Abs. 5 AufenthG). Auch diese gesetzgeberische Entscheidung macht deutlich, dass in unserer Rechtsordnung unterschiedliche Rechtsfolgen daran geknüpft werden, ob die Identität eines Ausländers geklärt ist oder nicht.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2286 – Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	K.d.ö.R.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstraße 10
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Beauftragter der Ev. Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<p>Grundsätzlich begrüßen die evangelischen Kirchen die aktuell geltende Regelung und plädieren für eine möglichst zügige Umverteilung in die Kommunen.</p> <p>Geflüchtete, die erst nach Abschluss ihres Asylverfahrens, spätestens nach 18 Monaten in die Kommunen verteilt werden, hätten dann viel Zeit und häufig auch die Motivation der ersten Phase nach der Ankunft verloren.</p> <p>Eine möglichst kurze Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes eine der sinnvollsten und nachhaltigsten Maßnahmen für eine gute Integrationsprognose für geflüchtete Menschen. Eine möglichst gute Integrationsprognose kommt auch den schließlich aufnehmenden Kommunen zu Gute. Die Landkreise und kreisfreien Städte müssen vom Land darin unterstützt werden, angemessene Unterkünfte für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen, Gewaltschutzkonzepte umzusetzen, besonders schutzbedürftige Geflüchtete und Familien bedarfsgerecht in Wohnungen unterzubringen und geeignete Unterstützungsstrukturen zur Verfügung zu stellen.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? 	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert? <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! 	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 06.09.2021	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

OKR

• Augustinerstraße 10 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/1463

zu Drs. 7/2286

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 • 99084 Erfurt

Telefon:
Fax:
E-Mail:

Datum
06.09.21

Aktenzeichen

- ausschließlich per Email -

Stellungnahme Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2286 – Fünftes Gesetz zur
Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz,

herzlich danke ich Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der
CDU – Drucksache 7/2286 – Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes.
Drei Vorbemerkungen sind mir wichtig, ehe ich zu mich zu einzelnen Fragen Ihrer Bitte um
Stellungnahme äußere.

1. Vorbemerkung: Christlicher Glaube und Migration

Wichtige Gründergestalten des christlichen Glaubens waren Migrantinnen und Migranten. Die
christliche Kirche kann deshalb bei diesem Thema nicht abstrakt unparteiisch sein. Abraham und Sara,
die Stammeltern des Glaubens waren nicht-sesshafte Nomaden. Die aus Ägypten geflohenen Israeliten,
die dann vierzig Jahre durch die Wüste wanderten, empfangen die Zehn Gebote. Die „Erfinder des
Monotheismus“ im 5. Jh. v. Chr. waren die exilierten Israeliten, die nach der Zerstörung Jerusalems
durch die Babylonier ihre jüdische Heimat verlassen mussten. Maria und Josef mussten mit ihrem
neugeborenen Kind nach Ägypten fliehen. Der erwachsene Jesus sprach von sich als einem, der keine
feste Bleibe hat (vgl. Lukas 9, 58).

Vergiss niemals, wo du hergekommen bist. Über die allgemeine Verpflichtung zur Humanität hinaus –
die allen Menschen qua Mensch-Sein eignet – wird beim Migrations-Thema die „DNA“ des christlichen
Glaubens berührt. Wenn – leider – auch in christlichen Gemeinden Phänomene von
Fremdenfeindlichkeit begegnen, ist dies ein kirchliches Krisen-Symptom. Wer die eigenen Wurzeln
vergisst, beraubt sich seiner Zukunft. Zugleich gibt es – Gott sei Dank – auch in Thüringen, nicht
zuletzt auch im Umfeld der Sühler Erstaufnahmeeinrichtung, viele kirchliche Gruppen, Initiativen und
Einzelpersonen, die ihren Beitrag leisten für eine gelingende Integration von Asylsuchenden in unserem
Land.

2. Vorbemerkung: Längere Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung zielt auf eine längere Verweildauer von Asylbewerbern in der
Erstaufnahmeeinrichtung des Landes. Diese Intention erinnert an das Konzept der „AnKER“-Zentren in
den Bundesländern Bayern, Sachsen und dem Saarland.

Erklärtes Ziel der AnKER-Zentren war die Beschleunigung der Asylverfahren. Das sollte dadurch erreicht
werden, dass (eine zentrale) Ausländerbehörde, Justiz, Arbeitsagentur, Jugendamt etc. direkt vor Ort
sein und besser zusammenarbeiten sollten. Das Konzept ist nicht aufgegangen. Laut Evaluationsbericht

des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 24. Februar 2021 dauern Asylverfahren in Ankerzentren im Schnitt 77 Tage statt der sonst üblichen 82 Tage, trotz Priorisierung dieser Verfahren. Das wiegt die zahlreichen und langfristig wirksamen Nachteile nicht auf, die sich sowohl für Geflüchtete als auch für die aufnehmende Gesellschaft aus dem AnKER-Konzept ergeben. Der Freistaat Thüringen hat 2018 entschieden, das AnKER-Konzept nicht zu übernehmen. Im Gegenteil, der Freistaat Thüringen steht nach wie vor für die frühzeitige Verteilung der Geflüchteten, in der Regel vor Zustellung des Asylbescheids oder Dublin-Bescheids in die Landkreise und kreisfreien Städte. In den meisten Bundesländern werden Menschen während des Dublin-Verfahrens gar nicht umverteilt. In Thüringen erfolgt die Verteilung im Interesse einer frühzeitigen und nachhaltigen Integration der Geflüchteten. Das entspricht dem Integrationskonzept des Freistaats vom November 2017. Als evangelische Kirche unterstützen wir alle Maßnahmen, die der frühzeitigen und nachhaltigen Integration dienen. Das bedeutet auch, dass wir rechtliche Regelungen ablehnen, die zu einer längeren Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung führen.

3. Vorbemerkung: Problemdiagnose und Lösungsvorschlag

Aus meiner Sicht erscheint zweifelhaft, ob die Zahl von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten durch Asylsuchende signifikant verringert werden kann, wenn diese Menschen länger in der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben. Im Gegenteil: Es ist wahrscheinlich, dass räumliche Isolierung, beengte Wohnverhältnisse, Perspektivlosigkeit und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten ein Klima schaffen, welches Ordnungswidrigkeiten und Straftaten begünstigen.

Zu einzelnen Fragen aus Ihrer Bitte um Stellungnahme:

1. Wie bewerten Sie die Verknüpfung der Aufnahmepflicht der Kommunen mit dem Vorhandensein von gültigen Personaldokumenten zur Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden?

Die Gründe, dass Geflüchtete keine Personaldokumente vorlegen können, sind vielfältig. Viele Geflüchtete haben nie Personaldokumente besessen, andere haben sie auf der Flucht verloren oder mussten sie den Fluchthelfern aushändigen, um ihr Herkunftsland verlassen zu können. Staatliche und behördliche Strukturen im Herkunftsland sind durch Krieg und Bürgerkrieg zerstört. Ein gültiges Personaldokument werden nur wenige Geflüchtete besitzen, beschaffen und vorlegen können. Dazu müssten sie Kontakt zu Personen in ihrem Herkunftsland aufnehmen oder ggf. die Botschaft ihres Herkunftslandes aufsuchen. Dies ist jedoch während des Asylverfahrens grundsätzlich unzumutbar und kann sogar dazu führen, dass der Asylantrag als zurückgenommen gilt. Das Asylverfahren soll prüfen, ob Verfolgung durch den Herkunftsstaat droht. Der Gesetzgeber erwartet daher lediglich die Erfüllung allgemeiner Mitwirkungspflichten, wie sie bundesgesetzlich im Asylgesetz (§15) geregelt sind. Das Ziel der Gesetzesänderung an dieser Stelle: „Anreiz setzen, die Identität offenzulegen“ suggeriert generalisierend ein bewusstes Verschleiern der Identität und geht an der beschriebenen Wirklichkeit vorbei.

Das Asylgesetz sieht bereits Sanktionen vor für den Fall, dass Asylsuchende ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachkommen. Das können die Absenkung der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz sein oder – bei abgelehnten Asylsuchenden – die „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ nach §60b Aufenthaltsgesetz.

2. Mit welchen Möglichkeiten kann im Rahmen des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes zusätzlich oder alternativ auf das Vorhandensein eines Identitätsnachweises eingewirkt werden?

Die Mitwirkungspflichten sind bereits detailliert bundesgesetzlich geregelt. Ist kein Pass, Ausweis oder sonstiges Personaldokument vorhanden, hat das Bundesamt die im Asylgesetz beschriebenen Befugnisse, Daten zur Identitätsklärung zu erheben. Weiterer Regelungsbedarf besteht nicht. Auch wenn Geflüchtete ihren Mitwirkungspflichten nachkommen, kann in vielen Fällen kein Personaldokument beschafft werden. Daraus die Verpflichtung zur Wohnsitznahme in der Erstaufnahmeeinrichtung über das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz abzuleiten, birgt Ungerechtigkeiten und Benachteiligung gegenüber anderen Gruppen geflüchteter Menschen.

3. Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Asylsuchenden im Hinblick auf die Dauer und den Erfolg des Asylverfahrens und / oder Integrationsprozesses?

Laut Statistik des Bundesamtes betrug die Asylverfahrensdauer im Jahr 2020 durchschnittlich 8,3 Monate. Im Jahr 2019 waren es noch 6,1 Monate. Sind noch Gerichtsverfahren anhängig, verlängert sich die Verfahrensdauer auf durchschnittlich 24,1 Monate. *Durch eine längere Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung wird die Verfahrensdauer nicht beschleunigt.* Die Geflüchteten können in dieser Zeit Phase keine Sprach- und Integrationskurse besuchen, keine Berufsausbildung machen oder einer Arbeit nachgehen. Sie leben weitgehend isoliert, ohne Kontakte und ohne Anteil am gesellschaftlichen Leben vor Ort. Die langen Wartezeiten sind zermürend, die Wohnsituation ist prekär, die Abschottung von der einheimischen Bevölkerung so weitreichend, dass ein Integrationsprozess gar nicht erst in Gang kommt. Insbesondere bei Minderjährigen, die in der EAB wohnen, stellt sich die Frage, wie die Schulpflicht erfüllt werden kann, die auch für Kinder über 14 Jahre gilt.

4. Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung auf die aufnehmenden Kommunen?

Geflüchtete, die erst nach Abschluss ihres Asylverfahrens, spätestens nach 18 Monaten in die Kommunen verteilt werden, hätten dann viel Zeit und häufig auch die Motivation der ersten Phase nach der Ankunft verloren. Diese Zeit hätte in den Kommunen bereits für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung gestanden: Sprachkurse wären möglich gewesen, soziale Integration, die Beschulung von Kindern und Jugendlichen, die Vorbereitung auf eine Berufsausbildung oder auf eine Beschäftigung wären sinnvolle Maßnahmen, um Geflüchteten eine Perspektive zu bieten. Das würde sich auch für die Kommunen auszahlen, gelingende Integration ist gut für alle im Gemeinwesen. Eine positive Auswirkung für die später aufnehmenden Kommunen nach einer längeren Verweildauer der Geflüchteten in der Erstaufnahmeeinrichtung kann ich deshalb nicht vermuten. Worin sollte diese bestehen, wenn Menschen dann doch in die Kommune kommen, deren Integrationsprognose durch längeres Verweilen in der EAB gesenkt wurde?

5. Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Situation in und um die Erstaufnahmeeinrichtung Suhl?

Die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl ist nicht für einen längeren Aufenthalt ausgelegt. Die Wohnverhältnisse sind beengt, es ist nicht ausreichend Privatsphäre vorhanden, eine Beschulung der Kinder findet nicht statt. Besonders schutzbedürftige Geflüchtete finden keinen angemessenen Schutz. Es ist nicht ausreichend soziale und medizinische Betreuung und Begleitung vor Ort. Die Schulen der Stadt Suhl müssten die Beschulung aller schulpflichtigen Kinder leisten, was kaum realistisch erscheint. Die Gesetzesänderung würde bedeuten, dass mehr soziale und medizinische Betreuungen, Bildungs-, Beratungs- und Freizeitangebote und eine würdige Wohnsituation geschaffen werden müssten, die den Belangen besonders Schutzbedürftiger Rechnung trägt. Die Projekte in Trägerschaft des Evangelischen Kirchenkreises, die vor Ort unter der Überschrift „Migrationsdienst Südthüringen“ arbeiten, berichten von stetig steigender Nachfrage nach Beratung, der sie schon jetzt kaum nachkommen können. Es erscheint fraglich, ob eine längere Verweildauer in der EAB und die sich damit potenzierenden Probleme die Akzeptanz der Suhler Bürger*innen und Behörden für die EAB erhöht.

6. Wie bewerten Sie die Verteilung der Flüchtlinge auf Thüringer Kommunen nach aktuell geltendem Recht?

Grundsätzlich begrüßen die evangelischen Kirchen die aktuell geltende Regelung und plädieren für eine möglichst zügige Umverteilung in die Kommunen. Unter Integrationspolitischem Gesichtspunkt ist das sinnvoll und nachhaltig. Evangelische Gemeinden und Flüchtlingsinitiativen haben Strukturen für die Begleitung und Integration Geflüchteter aufgebaut. Alle Erfahrungen zeigen, dass persönliche Kontakte und menschliche Kommunikation unabdingbar sind für eine nachhaltige Integration. Außerdem ist wichtig, dass die zuständigen Behörden der Landkreise und kreisfreien Städte die *vorhandenen*

Spielräume für eine gelingende Integration der Geflüchteten auf der Basis aktuell geltenden Rechts optimal nutzen.

7. Welche Alternativen sehen Sie zur Erhöhung der Höchstverweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung, um zu einer für die Kommunen gerechteren und handhabbareren Verteilung zu gelangen?

Diese Frage konstruiert einen Gegensatz, der so aus unserer Sicht nicht besteht. Wie ausgeführt, ist eine möglichst kurze Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes eine *der sinnvollsten und nachhaltigsten Maßnahmen für eine gute Integrationsprognose für geflüchtete Menschen. Eine möglichst gute Integrationsprognose kommt auch den schließlich aufnehmenden Kommunen zu Gute.* Die Landkreise und kreisfreien Städte *müssen vom Land darin unterstützt werden*, angemessene Unterkünfte für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen, Gewaltschutzkonzepte umzusetzen, besonders schutzbedürftige Geflüchtete und Familien bedarfsgerecht in Wohnungen unterzubringen und geeignete Unterstützungsstrukturen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch die psychotherapeutische und psychologische Begleitung traumatisierter geflüchteter Menschen.

Mit freundlichen Grüßen

Oberkirchenrat

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GdP</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Arnsk. 38</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erf.</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GdP	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Arnsk. 38	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erf.
Name	Organisationsform										
GdP	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Arnsk. 38										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erf.										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Verkehr Polizei - / Justiz-Beschäftigte	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Es gibt gute Ansätze für praktische Arbeit, bedarf aber praktischer Anpassung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift //
Erfurt, 08.09.2021	



Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Thüringen

Gewerkschaft der Polizei LB Thüringen Auenstr. 38 a 99089 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
08.09.2021 06:59

2203612021

**Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Thüringen**

Telefon: 0361 / 59895-0
Telefax: 0361 / 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de
www.gdp-thueringen.de

Bankverbindung:

IBAN:
BIC:

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	Datum
DRS. 7/2286	20.07.2021	WG	08.09.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GdP bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes.

Zuarbeit zu den Fragestellungen

1. Der Gesetzentwurf enthält erste Möglichkeiten zur Lösung einer Problemstellung, welche in verschiedensten Bereich festgestellt werden. Jedoch wirft diese Lösung weitere Fragen auf, welche nicht geklärt werden. Vielmehr gilt es durch die Landesregierung prüfen zu lassen, welche Möglichkeiten bestehen und wie eine zu prüfende Verhältnismäßigkeit zur Wahrung aller Interessen erfolgen kann. Diese Verknüpfung im Gesetzentwurf als einzige Möglichkeit zu sehen, ist jedoch in der Praxis nicht realisierbar.
2. Grundsätzlich sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen welche mit den einfachen vorhandenen Mitteln vor Ort (Praxis in einem Ablauf des Verfahrens) zeitnah umsetzbar sind. In unserer heutigen Digitalisierung spielen mobile Endgeräte eine zentrale Rolle, welche durch Flüchtlinge als Kommunikationsmittel genutzt werden. Über die Möglichkeit der Heranziehung dieser mobilen Endgeräte könnte ebenfalls eine Identifizierung erleichtern.
Grundsätzlich sind Ordnungsaufgaben in Zuständigkeit der jeweiligen Kommunen / Städte / Landkreise zu regeln. Hierfür ist ausreichendes Personal und Ausstattung für zu erfüllende Aufgabe bereit zu stellen. Eine Eilzuständigkeit der Polizei ist nur in bestimmten Einzelfällen zumutbar und realistisch.

Im Gesetzentwurf wird fehlende Eingriffsmöglichkeiten, mangelhafte Polizeiausstattung der Polizei und Belästigung der Rettungsdienste als Problem und Regelungsbedürfnis aufgeführt.

Die Behörden sind hier in der Pflicht ausreichend Mittel und Personal zur Verfügung zu stellen. Allein der Rückgriff auf die Thüringer Polizei erfüllt ihre Aufgaben zuständigkeitshalber nicht und zeigt hier ein deutliches Missverhältnis der Vielzahl an gewünschter Amtshilfe seitens der Polizei.

Für weitere Rückfragen und Anhörungen stehen wir gern zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüßen

Stellv. Landesvorsitzender der GdP Thüringen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Flüchtlingsrat Thüringen e.V.	Gemeinnütziger Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Einsatz für die Interessen und den Schutz Geflüchteter und Migrant:innen, Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung durch Information, Beratung, Qualifizierung und Öffentlichkeitsarbeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Flüchtlingsrat Thüringen und Pro Asyl lehnen in ihrer gemeinsamen Stellungnahme das fünfte Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Gesetzesentwurf der Fraktion CDU) ab. Durch den Gesetzesvorschlag ergeben sich der Einschätzung nach keinerlei positive Effekte. Es ist mit höheren Kosten, einer Zuspitzung psychosozialer Spannungen und Diskriminierungseffekten zu rechnen. Die Erstaufnahmeeinrichtung als Ort des Ankommens wird als Ort der Strafe und Sanktion implementiert. Den mannigfaltigen Ursachen für das Fehlen von Identitätspapieren wirkt der Gesetzesentwurf nicht entgegen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erfurt, 6.10.2021	

THÜR. LANDTAG POST
08.09.2021 10:57

22089/2021




Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

TELEFON +49 (0) 361 51 80 51-25 // -26

FAX +49 (0) 361 51 88 43 28

E-MAIL info@fluechtlingsrat-thr.de

 Flüchtlingsrat Thüringen e.V. // Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

WWW.FLUECHTLINGSRAT-THR.DE

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

STELLUNGNAHME

Flüchtlingsrat Thüringen und Pro Asyl

Erfurt, den 06. Sep. 2021

Drucksache 7/2286 – Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes

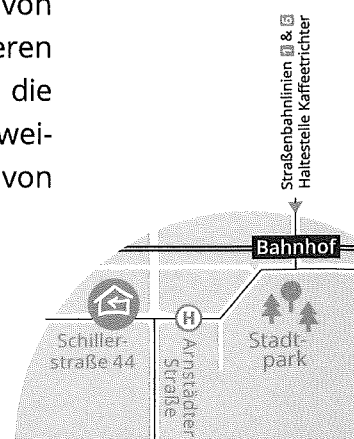
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Der Flüchtlingsrat Thüringen und PRO ASYL bedanken sich für die Möglichkeit der Stellungnahme. Bevor auf die konkreten Fragen eingegangen wird, stellen der Flüchtlingsrat und PRO ASYL einige grundlegende Punkte zum Thema Erstaufnahme voran.

Seit 2015 wurde die bundesgesetzliche Regelung im § 47 Asylgesetz zur Wohnpflicht in der Erstaufnahme mehrfach verschärft. Während bis 2015 noch regulär eine Wohnpflicht von bis zu sechs Wochen mit einer maximalen Aufenthaltszeit von drei Monaten vorgesehen war, wurde mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz die maximale Aufenthaltszeit auf sechs Monate verdoppelt und Asylsuchende aus sogenannten »sicheren Herkunftsstaaten« weitgehend von der maximalen Aufenthaltszeit ausgenommen. Mit dem Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht von 2017 wurde für die Bundesländer die Möglichkeit geschaffen, die maximale Aufenthaltszeit auf 24 Monate auszuweiten. Seit dem zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht von

FLÜCHTLINGSARBEIT
IST KOSTENFREI, ABER IN
KEINEM FALL UMSONST
UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT!

MITGLIED DER BUNDES-
ARBEITSGEMEINSCHAFT
PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



2019 gilt eine bundeweite maximale Wohnverpflichtung von 18 Monaten – einer Versechsfachung der maximalen Aufenthaltsdauer von 2015! PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte haben diese stetige Ausweitung der Aufenthaltszeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen in den Gesetzgebungsverfahren stets kritisiert.

Statt in unseren Kommunen gut anzukommen und sich einzufinden, leben viele der geflüchteten Menschen bundesweit aufgrund dieser Verschärfungen gesellschaftlich isoliert und ohne Privatsphäre in Massenunterkünften. Eigeninitiative und Selbsthilfe sind enge Grenzen gesetzt.

Die Unterbringung in großen Einrichtungen führen vielfach zu Isolation, Entrechtung und Ausgrenzung. Durch die Zeit dort verlieren geflüchtete Menschen wertvolle Zeit für ihr Ankommen und ihre Integration. Die Unterbringung erschwert den Kontakt zu Ehrenamtlichen, Beratungsstellen und Rechtsanwält:innen, wodurch sie ihre Rechte zum Teil nur eingeschränkt wahrnehmen können. In Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachte Menschen unterliegen neun Monate lang einem Arbeitsverbot und haben nur eingeschränkten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Konfrontation der Asylsuchenden noch während des laufenden Asylverfahrens mit dem Thema Rückkehr löst Verunsicherung und Angst aus. Das Aufnahmeverfahren und die Bedingungen in solchen Erstaufnahmeeinrichtungen verletzen damit die Würde und die Rechte der Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen und anderen besonders Schutzbedürftigen.

Deswegen unterstützen der Flüchtlingsrat Thüringen und PRO ASYL die rasche Verteilung von Asylantragssteller:innen in die Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen.

Kommentar zum Begriff „Identitätsverweigerer“

Bereits die Grundannahme, jemanden nur wegen fehlenden Passes misstrauen und überprüfen zu müssen, ist falsch. Es findet eine Vorverurteilung der Schutzsuchenden statt. Einer Person ohne Pass ist nicht gleich zu unterstellen, dass er absichtlich einen solchen nicht habe oder an der Identitätsklärung nicht mitwirke. Es gibt vielfältige Gründe, warum die Betroffenen keinen Pass besitzen. Oftmals schon deshalb, weil sie bereits im Herkunftsland keine Papiere hatten. In vielen Staaten wird ein Reisepass nur – und erst dann – ausgestellt, wenn der/die Betroffene eine Auslandsreise plant. Eine Pass- und Ausweispflicht wie in Deutschland gibt es in vielen anderen Staaten nicht. Und wenn es dann zur Flucht kommt, die gerade vor staatlichen Akteuren oft geheim gehalten werden soll, fehlt konsequenterweise ein Pass. In vielen Ländern und vor allem Krisenstaaten ist es unmöglich, kurzfristig entsprechende Dokumente von den Behörden zu bekommen. Ebenso gibt es Schlepper, die die Papiere einbehalten oder gefälschte Dokumente bereithalten, die die geflüchtete Person ja gerade nicht im Asylverfahren benutzen soll. Schließlich können Dokumente auf dem Weg der Flucht gestohlen oder verloren gehen.

1. Wie bewerten Sie die Verknüpfung der Aufnahmepflicht der Kommunen mit dem Vorhandensein von gültigen Personaldokumenten zur Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden?

Diese Verknüpfung ist nicht vom Bundesgesetz gedeckt, ist nicht sinnvoll und ist abzulehnen. Das Asylgesetz normiert in § 15 Mitwirkungspflichten zur Identitätsklärung, beispielsweise in Abs. 2 Nr. 6 „im Falle des Nichtbesitzes eines gültigen Passes oder Passersatzes an der Beschaffung eines Identitätspapiers mitzuwirken und auf Verlangen alle Datenträger, die für die Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit von Bedeutung sein können und in deren Besitz er ist, den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden vorzulegen, auszuhändigen und zu überlassen“. Geflüchteten ist es während des Asylverfahrens regelmäßig unzumutbar, sich an ihre Heimatbotschaften zur Passbeantragung zu wenden, da Verfolgung regelmäßig von staatlichen Akteuren ausgeht. Dass der Gesetzgeber Letzteres anerkennt, wird auch durch § 72 Abs. 1 Nr. 1 AsylG deutlich, wonach eine einmal zuerkannte Anerkennung als Asylberechtigter oder Flüchtlingseigenschaft sogar erlischt, wenn sich ein Anerkannter freiwillig durch Annahme oder Erneuerung eines Nationalpasses erneut dem Schutz des Staates, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, unterstellt. Personen, bei denen bekannt wird, dass sie sich während ihres Asylverfahrens an eine Auslandsvertretung des Heimatstaates gewendet haben, wird - sofern sie staatliche Verfolgung geltend machen - in der Regel kein Glauben geschenkt. Daher darf Menschen im Asylverfahren nicht zugemutet werden, die Botschaft des Herkunftsstaates zwecks Beschaffung von Personaldokumenten zur Identitätsbeschaffung aufzusuchen.

Darüber hinaus sieht der Gesetzgeber weitere umfangreiche Sanktionen während und nach dem Asylverfahren für Personen mit ungeklärter Identität vor. So werden etwa im Verfahren Handydaten zwangsweise auslesen und Leistungskürzungen ermöglicht. Und nach Beendigung des Asylverfahrens etwa greift die „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ (§ 60b AufenthG), welche u.a. Arbeitsverbote, weitreichende Leistungskürzungen, Wohnsitzauflage und einen umfangreichen Mitwirkungskatalog vorsieht. Personen mit ungeklärter Identität nun in der Erstaufnahmeeinrichtung festzusetzen, kommt einer weiteren Sanktionierung gleich, die deutlich über den bundesgesetzlichen Rahmen hinausgeht und unserer Ansicht nach nicht zu rechtfertigen ist.

Insbesondere in Krisenstaaten und kriegszerstörten Ländern ist es oft nicht möglich Dokumente zu beschaffen. Viele haben ihre Dokumente auf der Flucht (beispielsweise über das Mittelmeer) verloren. Die Gründe, warum Geflüchtete teils nicht über Identitätsdokumente verfolgen, sind vielfältig und lassen sich keineswegs auf „Identitätsverweigerer“ reduzieren. Im Gegenteil leiden oft Menschen darunter, weil zahlreiche Angelegenheiten des Alltags (beispielsweise Heirat, Geburtsurkunden, zum Teil Kontoeröffnung, Kaufgeschäfte, etc.) kaum ordentlich geregelt werden können.

Eine Zuweisung an die Kommune erst mit gültigen Personaldokumenten stellt eine unzumutbare Anforderung an die Betroffenen, die durch Angewiesenheit auf Dritte zur möglichen Beschaffung von Dokumenten aus Herkunftsländern auch nicht in der eigenen Schuld der Betroffenen liegt, und würde zu unverhältnismäßig langen Aufenthaltszeiten in der Erstaufnahmeeinrichtung führen. Das vermeintliche Anreizsystem, dass mit dem Gesetzentwurf geschaffen werden soll, ignoriert die vielseitigen Ursachen für fehlende Dokumente und verschärft zudem bekannte Konfliktlagen durch die Kasernierung und Deprivation von Ankommen.

Lange Aufenthaltszeiten in der Erstaufnahmeeinrichtung sind für ein Ankommen in Deutschland und die Integrationsprozesse kontraproduktiv. Die Aussage im Gesetzentwurf, dass keine zusätzlichen Kosten durch die Regelung entstehen würden, ist nicht richtig. Während der Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung unterliegen Bewohner:innen einem Arbeitsmarktverbot und haben in dieser Zeit keine Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt anstatt von Transferleistungen zu sichern. Nur wenn das Asylverfahren länger als neun Monate dauert, gibt es die Möglichkeit zu arbeiten (§ 61 Asylgesetz). Sprach- und Integrationskurse werden in den Kommunen durchgeführt. Eine Verlängerung der Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung verzögert massiv den Integrationsprozess und damit den Zugang zu sozialer und beruflicher Teilhabe mit den entsprechenden Folgekosten.

2. Mit welchen Möglichkeiten kann im Rahmen des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes zusätzlich oder alternativ auf das Vorhandensein eines Identitätsnachweises eingewirkt werden?

Der Bundesgesetzgeber hat umfangreiche und detaillierte Mitwirkungspflichten bereits in den letzten Gesetzesänderungen normiert. Zusätzlichen Regelungen im Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz bedarf es dafür nicht. Oftmals scheitern Betroffene insbesondere auch daran nachzuweisen, was sie alles unternommen haben und am Ende trotzdem keinen Identitätsnachweis erhalten konnten.

3. Welche positiven oder negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Asylsuchenden im Hinblick auf die Dauer und den Erfolg des Asylverfahrens und/ oder den Integrationsprozess?

Auf die Dauer des Asylverfahrens wird die Gesetzesänderung keine Auswirkungen haben, da das BAMF für die Durchführung des Verfahrens zuständig und dies unabhängig vom Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung oder in der Kommune ist. Die mit den AnKER-Zentren verbundenen Ziele der Bundesregierung wie z.B. eine Beschleunigung der Asylverfahren oder der Aufenthaltsbeendigung wurden laut Evaluation des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nicht erreicht, das Konzept ist gescheitert.

Der Erfolg des Asylverfahrens kann aber stark negativ beeinflusst werden, da Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, der Zugang zu Fachärzt:innen, zu therapeutischen Angeboten, zu juristischer Beratung u.v.m. in den Kommunen umfassender gegeben ist als das innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtung bzw. der Stadt Suhl mit ihren bestehenden Versorgungsstruktur für viele Geflüchtete möglich wäre.

Der Integrationsprozess wird nachhaltig verzögert und erschwert, da nur sehr beschränkt Möglichkeiten zu Sprachkursangeboten in der EAE und der Stadt Suhl bestehen im Vergleich zu der bereits jetzt vorhandenen Bewohner:innenzahl in der EAE. Insbesondere, da die Einschränkungen bereits für Familien mit Kindern über 14 Jahre gelten sollen, sind weitreichende Folgen insbesondere der Kinder und Jugendlichen ab 14 Jahre zu erwarten, da auch für sie die Schulpflicht gilt. Konkret steht bereits das Thüringer Schulgesetz dem Gesetzesvorhaben entgegen, da eine Beschulung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben weder in der Erstaufnahmeeinrichtung noch in der Stadt Suhl für eine entsprechende Personenanzahl realistisch ist und keineswegs erstrebenswert erscheint, während in den Kommunen zahlreiche Strukturen, Kompetenzen und Maßnahmen incl. Daf-/ Daz-Lehrer:innen ergriffen wurden.

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben ist der Zugang zum Arbeitsmarkt min. in den ersten 9 Monaten in der Erstaufnahmeeinrichtung, teils darüber hinaus, gänzlich untersagt. Insbesondere auch vor diesem Hintergrund ist die Regelung grundsätzlich abzulehnen.

Zudem ist es nicht nachvollziehbar, warum die Erstaufnahmeeinrichtung, also der erste Ort des Ankommens von Asylsuchenden, als Ort der Strafe und Sanktion implementiert werden soll.

4. Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die aufnehmenden Kommunen?

Die Aufnahme von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kommunen haben viele Jahre Erfahrung mit der Aufnahme von Geflüchteten und halten Strukturen dafür vor. Die in der Gesetzesbegründung angeführten Gründe, dass Kommunen bzw. Behörden sich über fehlende Eingriffsmöglichkeiten beschwerten gegenüber „Personen, die sich fortgesetzt gegen Regeln und Gesetze stellen“, begegnet der Gesetzentwurf nicht, da dies zumindest auch *mit* Identitätsnachweis möglich ist. Vielmehr ist es wichtig, Gewaltschutzkonzepte in den Unterkünften ernst zu nehmen und zu evaluieren sowie Konzepte zur Identifizierung von besonderen Schutzbedürftigen (beispielsweise psychische Erkrankungen/ Traumatisierungen, etc.) zu etablieren. Gewaltsame Situationen entstehen häufig aus der besonderen prekären (beengten, unsicheren, nicht selbstbestimmten) Lebenssituation und/ oder psychischen Belastungen/ Erkrankungen, die besondere Aufnahmekonzepte, geschultes und sensibilisiertes Personal und fachspezifische Unterstützungsangebote vor Ort erfordern.

5. Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Situation in und um die Erstaufnahmeeinrichtung Suhl?

Für die Situation in Suhl sind keinerlei positiven Auswirkungen zu erwarten. Vielmehr trägt die Regelung zu Eskalation vor Ort bei, da alle Strukturen in Suhl (sowohl in der Stadt als auch in der EAE) für einen längerfristigen Aufenthalt der Bewohner:innen nicht ausgerichtet sind. Bei den Bewohner:innen selbst würde in Anbetracht der angespannten und von Bewohner:innen häufig kritisierten Lebens- und Wohnsituation in der EAE die psychische Belastung deutlich ansteigen. Der Flüchtlingsrat und PRO ASYL setzen sich vielmehr dafür ein, dass eine möglichst frühzeitige Verteilung in die Kommunen stattfindet. Die Aufenthaltszeit in der Erstaufnahme sollte einen Monat nicht übersteigen.

6. Wie bewerten Sie die Verteilung der Flüchtlinge auf Thüringer Kommunen nach aktuell geltendem Recht?

Der Flüchtlingsrat und PRO ASYL begrüßen, dass Thüringen bislang eine lange Aufenthaltszeit in der EAE nicht umsetzt und sich um eine zügige Zuweisung in die Kommunen bemüht. Allerdings sollte dies noch deutlich verkürzt werden. Eine Identifizierung besonderer Schutzbedarfe (Opfer von Menschenhandel, psychisch Kranke, Schwangere, etc.) ist dringend erforderlich und euoparechtlich vorgeschrieben und dies muss bei der Zuweisung in die Kommunen stärker berücksichtigt werden. Die Kommunen müssen gleichsam auf diese Schutzbedarfe zugeschnittene Versorgungsstrukturen aufbauen. So ist es beispielsweise nicht sinnvoll, psychisch Erkrankte und stark belastete Menschen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen, wenn es dort keine Rückzugsräume gibt und Konfliktsituationen permanent bereits im zugewiesenen Mehrbettzimmer entstehen. Die Unterbringung in Wohnungen in Orten mit entsprechender Infrastruktur anstatt in Sammelunterkünften kann viele dieser Konfliktlagen bereits vorbeugen. Insbesondere für Menschen mit Behinderungen müssen in jedem Landkreis/ kreisfreie Stadt Unterbringungsangebote vorgehalten werden und dies muss verbindlich geregelt werden. Es ist diskriminierend, wenn barrierefreie Wohnungen und Versorgungsangebote nicht zur Verfügung stehen und Menschen deswegen in der Erstaufnahmeeinrichtung über lange Zeit verharren müssen.

7. Welche Alternativen sehen Sie zur Erhöhung der Höchstverweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung, um zu einer für die Kommunen gerechteren und handhabbareren Verteilung zu gelangen?

Die Erhöhung der Höchstverweildauer hat aus Sicht des Flüchtlingsrates und PRO ASYL nichts mit einer gerechteren Verteilung zu tun

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes – Drs. 7/2286											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="border: none;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erfurt, den 08.09.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU -Drucksache 7/2286-											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Kommunaler Spitzenverband I. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Et, 9.9.22	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Amnesty International Deutschland</td> <td>eingetragener Verein gemeinnützig</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Amnesty International</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Offenstr. 42, 99092 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99092 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Amnesty International Deutschland	eingetragener Verein gemeinnützig	Geschäfts- oder Dienstadresse	Amnesty International	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Offenstr. 42, 99092 Erfurt	Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Amnesty International Deutschland	eingetragener Verein gemeinnützig									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Amnesty International									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Offenstr. 42, 99092 Erfurt									
Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>/</td> <td>/</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>/</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>/</td> </tr> </table>	Name	Vorname	/	/	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	/	Postleitzahl, Ort	/
	Name	Vorname									
	/	/									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer	/									
Postleitzahl, Ort	/										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	ehrenamtliche Tätigkeit für Amnesty International Deutschland/ Einsatz für die Menschenrechte, Einsatz für Flüchtlinge + Geflüchtete + Verschwundene	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir können den Gesetzesentwurf ab, weil er diese angewiesenen Punkte nicht löst, sondern es verschärft. Wir halten die teilweise aufgestellten Unterstellungen (Identifikationsverweise) für falsch.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gjw, 05.05.2021	

AMNESTY INTERNATIONAL
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Vorstandsbeauftragter für Flüchtlingsschutz in Thüringen
Ottostraße 42, 99092 Erfurt
T: +49 0361/2114781, F: +49 30 420248-488

<https://www.facebook.com/AmnestyFluechtlingsschutz>

AMNESTY INTERNATIONAL

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

vorab per eMail: poststelle@thueringer-landtag.de

Erfurt, 09.09.2021

Schriftliches Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Amnesty International bedankt sich für die Möglichkeit eine Stellungnahme zum Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes abgeben zu können.

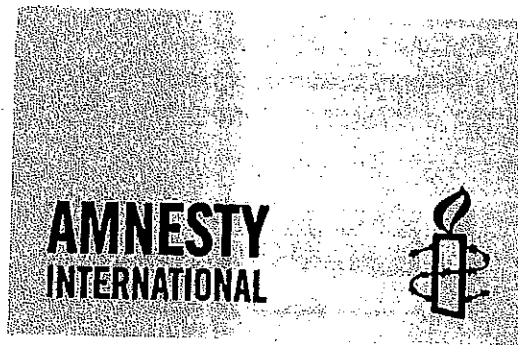
Wir beantworten gerne, Sicht von Amnesty International, die von Ihnen gestellten Fragen:

Vorbemerkung:

Die Landesregierung des Freistaates Thüringen hatte sich bewusst gegen die Einrichtung sogenannter ANKER-Zentren (Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückkehr-Zentren) ausgesprochen und für eine rasche Verteilung von Asylantragssteller:innen in die Landkreise und kreisfreien Städte. Amnesty International begrüßt dies ausdrücklich. ANKER-Zentren führen vielfach zu Isolation, Entrechtung und Ausgrenzung. Durch die Zeit in den ANKER-Zentren verlieren geflüchtete Menschen wertvolle Zeit für ihr Ankommen und ihre Integration. Die Unterbringung erschwert den Kontakt zu Ehrenamtlichen, Beratungsstellen und Rechtsanwäl:innen, wodurch sie ihre Rechte zum Teil nur eingeschränkt wahrnehmen können. Menschen, die in ANKER-Zentren untergebracht sind, haben nur einen eingeschränkten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Konfrontation der Asylsuchenden noch während des laufenden Asylverfahrens mit dem Thema Rückkehr löst Verunsicherung und Angst aus. Die Bedingungen in den ANKER-Zentren führen nach unserer Ansicht insbesondere bei besonders schutzbedürftigen wie Kinder und Jugendliche zu einer Verletzung ihrer Rechte und Würde. Außerdem sehen wir die Gefahr, dass große Zentren für geflüchtete Menschen in der Bevölkerung zu Ablehnung führen und unter anderem aus rassistischen Motiven instrumentalisiert werden.

Vorbemerkung zum Begriff „Identitätsverweigerer“

Wir halten es für äußerst problematisch, wenn Menschen nur wegen des Fehlens eines Passes Misstrauen entgegengebracht wird, und man glaubt diese Menschen deswegen überprüfen zu müssen. Hierdurch findet eine Vorverurteilung des schutzsuchenden Menschen statt. Einem Flüchtling ohne Pass zu unterstellen, dass er absichtlich einen solchen nicht habe, um seine Identitätsklärung zu verhindern bzw. nicht an dieser mitzuwirken ist falsch. Es gibt viele Gründe weshalb die betreffenden Personen keinen Pass besitzen. Dies liegt bereits oftmals daran, dass



Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1497

zu Drs. 7/2286

sie in ihrem Herkunftsland keine Papiere hatten. In vielen Staaten wird ein Reisepass nur dann ausgestellt, wenn eine Auslandsreise geplant ist. Eine Pass- und Ausweispflicht, wie in Deutschland, gibt es in vielen Staaten nicht. Und wenn es dann zur Flucht kommt, die gerade vor staatlichen Akteuren oft geheim gehalten werden soll, fehlt konsequenterweise ein Pass. In vielen Ländern und vor allem Krisenstaaten ist es unmöglich, kurzfristig entsprechende Dokumente von den Behörden zu bekommen. Außerdem können Papiere auf der Flucht gestohlen werden oder verloren gehen.

Im Weiteren gehen wir auf die gestellten Fragen ein:

Wie bewerten Sie die Verknüpfung der Aufnahmepflicht der Kommunen mit dem Vorhandensein von gültigen Personaldokumenten zur Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden?

Diese Verknüpfung hat keine gesetzliche Grundlage auf Bundesebene. Sie ist nicht sinnvoll und ist abzulehnen.

§ 15 Asylgesetz normiert Mitwirkungspflichten zur Identitätsklärung, so beispielsweise in § 15 Abs. 2 Nr. 6 Asylgesetz. So besteht die Verpflichtung des Geflüchteten „im Falle des Nichtbesitzes eines gültigen Passes oder Passersatzes an der Beschaffung eines Identitätspapiers mitzuwirken und auf Verlangen alle Datenträger, die für die Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit von Bedeutung sein können und in deren Besitz er ist, den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden vorzulegen, auszuhändigen und zu überlassen“.

Dabei verkennt der Gesetzgeber nicht, dass es Geflüchteten oftmals nicht zumutbar ist, sich während des Asylverfahrens an ihre Heimatbotschaften zur Passbeantragung zu wenden, da die Verfolgung auch von staatlichen Akteuren ausgehen kann. So normiert er in § 33 Abs. 1 Satz 2 AsylG, dass die Vermutung, der Asylsuchende würde das Asylverfahren nicht betreiben, wenn einer der Nummern 1 bis 3 vorliegen, dann nicht vorliegt, wenn er unverzüglich nachweist, dass das in Satz 1 Nummer 1 genannte Versäumnis oder die in Satz 1 Nummer 2 und 3 genannte Handlung auf Umstände zurückzuführen war, auf die er keinen Einfluss hatte.

Außerdem ist es anerkannt, dass ein Asylsuchender während des Asylverfahrens nicht an seinen Verfolgerstaat herantreten muss. Während des Asylverfahrens ist der Geflüchtete zwar zur Identitätsfeststellung verpflichtet, aber nicht zu einem Botschaftsbesuch.

Außerdem sehen sich Personen mit ungeklärter Identität weiteren umfangreichen Sanktionen während und nach dem Asylverfahren ausgesetzt. So werden etwa im Verfahren Handydaten zwangsweise ausgelesen und Leistungskürzungen ermöglicht. Und nach Beendigung des Asylverfahrens etwa greift § 60b AufenthG, der unter anderem Arbeitsverbote, weitreichende Leistungskürzungen, Wohnsitzauflage und einen umfangreichen Mitwirkungskatalog vorsieht. Personen mit ungeklärter Identität nun in der Erstaufnahmeeinrichtung festzusetzen, käme einer weiteren Sanktionierung gleich, die deutlich über dem bundesgesetzlichen Rahmen hinaus ginge und unserer Ansicht nach nicht zu rechtfertigen wäre.

Weiter muss berücksichtigt werden, dass insbesondere in Krisenstaaten und kriegszerstörten Ländern es oft nicht möglich ist Dokumente zu beschaffen. Viele Geflüchtete haben ihre Dokumente auf der Flucht verloren. Hieraus herzuleiten, es handele sich um „Identitätsverweigerer“ ist falsch.



Im Gegenteil leiden sie oft darunter, weil zahlreiche Angelegenheiten des Alltags (beispielsweise Heirat, Geburtsurkunden, zum Teil Kontoeröffnung, Kaufgeschäfte, etc.) kaum ordentlich geregelt werden können.

Eine Zuweisung an die Kommune erst mit gültigen Personaldokumenten

stellt nach unserer Ansicht eine unzumutbare Anforderung an die Betroffenen dar.

Das vermeintliche Anreizsystem, das mit dem Gesetzentwurf geschaffen werden soll, ignoriert die vielseitigen Ursachen für fehlende Dokumente. Es verschärft außerdem bekannte Konfliktlagen durch die Kasernierung und Deprivation von Ankommenden.

Lange Aufenthaltszeiten in der Erstaufnahmeeinrichtung sind für ein Ankommen in Deutschland und die Integrationsprozesse kontraproduktiv.

Die Aussage im Gesetzentwurf, dass keine zusätzlichen Kosten durch die Regelung entstehen würden, ist nicht richtig. Während der Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung, mindestens aber in den ersten 9 Monaten (§ 61 Asylgesetz), unterliegen Bewohner:innen einem Arbeitsmarktverbot und sind zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes auf Transferleistungen angewiesen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass Sprach- und Integrationskurse in den Kommunen vorgehalten werden. Eine Verlängerung der Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung verzögert massiv den Integrationsprozess und damit den Zugang zu sozialer und beruflicher Teilhabe mit den entsprechenden Folgekosten.

Mit welchen Möglichkeiten kann im Rahmen des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes zusätzlich oder alternativ auf das Vorhandensein eines Identitätsnachweises eingewirkt werden?

Wir sehen im Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz dafür keinerlei Möglichkeiten. Der Bundesgesetzgeber hat umfangreiche und detaillierte Mitwirkungspflichten bereits in den letzten Gesetzesänderungen normiert.

Welche positiven oder negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Asylsuchenden im Hinblick auf die Dauer und den Erfolg des Asylverfahrens und/ oder den Integrationsprozess?

Diese Gesetzesänderung wird keinerlei Einfluss auf die Dauer des Asylverfahrens haben, da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die Durchführung des Verfahrens zuständig ist. Dies geschieht unabhängig vom Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung oder in der Kommune. Der Erfolg des Asylverfahrens kann aber negativ beeinflusst werden. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, der Zugang zu Fachärzt:innen, zu therapeutischen Angeboten, zu juristischer Beratung und vieles mehr ist in den Kommunen umfassender gegeben als das innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtung für viele Geflüchtete möglich wäre. Der Integrationsprozess wird nachhaltig verzögert und erschwert, da nur sehr beschränkt Möglichkeiten zu Sprachkursangeboten in der Erstaufnahmeeinrichtung bestehen - im Vergleich zu der bereits jetzt vorhandenen Anzahl an Bewohner:innen.

Außerdem sind, da die Einschränkungen bereits für Familien mit Kindern über 14 Jahre gelten sollen, weitreichende Folgen für Kinder und Jugendliche ab 14 Jahre zu erwarten, da auch für sie die Schulpflicht gilt. Konkret steht bereits das Thüringer Schulgesetz dem Gesetzesvorhaben entgegen, da eine Beschulung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben schon aufgrund der Personenanzahl nicht realistisch und keineswegs erstrebenswert erscheint. In den Kommunen sind zahlreiche Strukturen, Kompetenzen und Maßnahmen ergriffen worden.



Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die aufnehmenden Kommunen?

Wir sehen in der Aufnahme von Geflüchteten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kommunen haben viele Jahre Erfahrung mit der Aufnahme von Geflüchteten und halten Strukturen dafür vor.

In der Gesetzesbegründung wird angeführt, dass sich Kommunen bzw. Behörden über fehlende Eingriffsmöglichkeiten gegenüber „Personen, die sich fortgesetzt gegen Regeln und Gesetze stellen“, beschweren. Der Gesetzentwurf stellt keinen Ansatz zur Lösung für diese Probleme bereit. Wir halten es für wichtig, Gewaltschutzkonzepte in den Unterkünften ernst zu nehmen und zu evaluieren sowie Konzepte zur Identifizierung von besonderen Schutzbedürftigen (beispielsweise psychische Erkrankungen/ Traumatisierungen, etc.) zu etablieren. Gewaltsame Situationen entstehen häufig aus der besonderen prekären (beengten, unsicheren, nicht selbstbestimmten) Lebenssituation und/ oder psychischen Belastungen/ Erkrankungen, die besondere Aufnahme Konzepte, geschultes und sensibilisiertes Personal und fachspezifische Unterstützungsangebote vor Ort erfordern.

Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Situation in und um die Erstaufnahmeeinrichtung Suhl?

Wir können für die Situation in Suhl keinerlei positive Auswirkungen erkennen. Wir sehen eher die Gefahr, dass die Regelung zu Eskalationen vor Ort beiträgt, da alle Strukturen in Suhl (sowohl in der Stadt als auch in der Erstaufnahmeeinrichtung) für einen längerfristigen Aufenthalt der Bewohner:innen nicht ausgerichtet sind. Bei den Bewohner:innen selbst würde in Anbetracht der angespannten und von Bewohner:innen häufig kritisierten Lebens- und Wohnsituation in der Erstaufnahmeeinrichtung die psychische Belastung deutlich ansteigen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine möglichst frühzeitige Verteilung in die Kommunen stattfindet.

Wie bewerten Sie die Verteilung der Flüchtlinge auf Thüringer Kommunen nach aktuell geltendem Recht?

Wir begrüßen, dass sich Thüringen um eine zügige Zuweisung in die Kommunen bemüht. Wir halten eine Identifizierung besonderer Schutzbedürftiger (Opfer von Menschenhandel, psychisch Kranke, Schwangere, etc.) für dringend erforderlich und europarechtlich vorgeschrieben. Dies muss bei der Zuweisung in die Kommunen stärker berücksichtigt werden. Die Kommunen müssen gleichsam auf diese Schutzbedarfe zugeschnittene Versorgungsstrukturen aufbauen.

Es ist zum Beispiel nicht sinnvoll, psychisch Erkrankte und stark belastete Menschen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen, wenn es dort keine Rückzugsräume gibt und Konfliktsituationen permanent bereits im zugewiesenen Mehrbettzimmer entstehen können. Wir halten die Unterbringung in Wohnungen in Orten mit entsprechender Infrastruktur anstatt in Sammelunterkünften für besser, und dies kann vielen Konfliktsituationen bereits vorbeugen. Auch für Menschen mit Behinderungen müssen in jedem Landkreis/ kreisfreie Stadt Unterbringungsangebote vorgehalten werden. Wir halten es für problematisch, wenn barrierefreie Wohnungen und Versorgungsangebote nicht zur Verfügung stehen und Menschen deswegen in der Erstaufnahmeeinrichtung über lange Zeit verharren müssen.



Welche Alternativen sehen Sie zur Erhöhung der Höchstverweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung, um zu einer für die Kommunen gerechteren und handhabbareren Verteilung zu gelangen?

Die Erhöhung der Höchstverweildauer hat aus Sicht von Amnesty International nichts mit einer gerechteren Verteilung zu tun.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstandsbeauftragter für Flüchtlingsschutz in Thüringen

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes											
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Str. 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessenvertretung für die Wohlfahrtspflege in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG) Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. spricht sich gegen jede Maßnahme aus, die zu einer langjährigen Verweildauer von Geflüchteten in der Erstaufnahmeeinrichtung führt und lehnt daher die vorgeschlagene Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes ab. Eine Anpassung der Höchstverweildauer der Geflüchteten in der Erstaufnahmeeinrichtung verlängert den Zeitraum der Isolation, verhindert schnelle Integration und verursacht damit Folgekosten, die sich in den Kommunen niederschlagen werden.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hlnwels: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.09.2021	



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt
Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1502
zu Drs. 7/2286

Geschäftsstelle
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

e-mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0
Telefax: (0361) 511499-19

- ausschließlich per E-Mail -

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen
Drs. 7/2286

unsere Zeichen

Erfurt,
10.09.2021

Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. zum Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2286 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum o.g. Anhörungsverfahren Stellung nehmen zu können.

Allgemeine Anmerkungen

„Wir stehen für die Rechte von geflüchteten Menschen, für ihren Schutz und ihre schnelle und umfassende Teilhabe an der Gesellschaft. Eine Unterbringungsform, die die Menschenwürde verletzt, zur Isolation führt und vor allen Dingen auf Abschiebung orientiert ist, ist ein Irrweg und schadet uns allen.“ (Isolation beenden – das Ankommen fördern – faire Asylverfahren sicherstellen. Aufruf zu einer zukunftsorientierten Erstaufnahme von Asylsuchenden in Deutschland. 27.07.2021). Dieser Aufruf, initiiert von der Diakonie Deutschland, dem Deutschen Caritasverband, dem Paritätischen Gesamtverband, dem Arbeiterwohlfahrt Gesamtverband und PRO ASYL ist die Grundlage für die Position der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. für eine zukunftsorientierte Erstaufnahme in Deutschland und im Besonderen in Thüringen.

Daher spricht sich die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. gegen jede Maßnahme aus, die zu einer langjährigen Verweildauer von Geflüchteten in der Erstaufnahmeeinrichtung führt und lehnt daher die vorgeschlagene Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes ab. Eine Anpassung der Höchstverweildauer der Geflüchteten auf 18 Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung verlängert den Zeitraum der Isolation,

Vorsitzender:

Geschäftsführer:

verhindert schnelle Integration und verursacht damit Folgekosten, die sich in den Kommunen niederschlagen werden.

Zu den Fragen im einzelnen

1. Wie bewerten Sie die Verknüpfung der Aufnahmepflicht der Kommunen mit dem Vorhandensein von gültigen Personaldokumenten zur Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden?

Mit der im Gesetzentwurf für § 1, im letzten Satz vorgeschlagenen Verknüpfung der kommunalen Verteilung mit der Mitwirkung bei der Identitätsklärung würde der Freistaat Thüringen seine Gesetzgebungskompetenz überschreiten. Aus Art 74 GG Nr. 6 ergibt sich, dass Angelegenheiten Geflüchteter Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung sind, d.h. gemäß Art. 72 GG haben die Länder nur dann eine Gesetzgebungskompetenz solange und soweit der Bund nicht schon eine bundesgesetzliche Regelung getroffen hat. Im vorliegenden Fall ist dies durch das AufenthG bereits umfassend und abschließend geschehen.

Diese Verknüpfung der Aufnahmepflicht der Kommunen mit dem Identitätsnachweis ist abzulehnen. Mitwirkungspflichten zur Identitätsklärung werden durch das Asylgesetz geregelt. Der Gesetzgeber hat für Personen mit ungeklärter Identität umfangreiche Sanktionen während und nach dem Asylverfahren festgeschrieben. Nach Beendigung des Asylverfahrens greift die „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ (§ 60b AufenthG), welche u.a. Arbeitsverbote, weitreichende Leistungskürzungen oder eine Wohnsitzauflage nach sich zieht. Die Verknüpfung der Aufnahmepflicht der Kommunen mit dem Vorhandensein von Personaldokumenten entspricht einer zusätzlichen Sanktionierung, die deutlich über den bundesgesetzlichen Rahmen hinausgeht und nicht zu rechtfertigen ist. Zudem wirkt sich eine Verlängerung des Aufenthaltes in der Erstaufnahmeeinrichtung negativ auf den Integrationsprozess aus und verhindert den Zugang zu sozialer und beruflicher Teilhabe mit den entsprechenden Folgekosten.

Da Flüchtlingsangelegenheiten nicht im Katalog des Art. 72 II GG aufgezählt sind, darf der Freistaat Thüringen keine vom Aufenthaltsgesetz abweichenden, weitergehenden Regelungen treffen. Die vorgeschlagene Verknüpfung der kommunalen Verteilung mit der Mitwirkung bei der Identitätsklärung, ist daher als verfassungswidrig abzulehnen.

2. Mit welchen Möglichkeiten kann im Rahmen des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes zusätzlich oder alternativ auf das Vorhandensein eines Identitätsnachweises eingewirkt werden?

Da bereits umfängliche Mitwirkungspflichten und Sanktionen durch die Bundesgesetzgebung festgeschrieben sind, werden im Rahmen des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes keine zusätzlichen oder alternativen Möglichkeiten einer Regelung gesehen.

3. Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Asylsuchenden in Hinblick auf die Dauer und den Erfolg des Asylverfahrens und/oder auf den Integrationsprozess?

Wir erwarten keine positiven Auswirkungen der beabsichtigten Gesetzesänderung in Bezug auf Dauer und Qualität des Asylverfahrens.

Keine signifikante Beschleunigung des Asylverfahrens bei längerer Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung

Das BMI propagierte das Konzept der AnKER-Zentren, welches maßgeblich auf einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme basiert, mit dem Ziel das Asylverfahren zu beschleunigen und bei einer negativen Bescheidung eine schnellere Durchführung der Abschiebung zu realisieren. In mehreren Bundesländern existieren seit 2018 AnKER-Zentren oder funktionsgleiche Einrichtungen. Sogar im inzwischen vorliegenden Evaluationsbericht des BAMF (vom 24. Februar 2021) ist belegt, dass dieses Konzept keine signifikante Beschleunigung des Asylverfahrens bewirkt hat. Asylverfahren von in AnKER-Einrichtung lebenden Geflüchteten dauern durchschnittlich 77 statt der sonst durchschnittlichen 82 Tage, obwohl die Asylverfahren aus AnKER-Einrichtungen priorisiert werden. Das Konzept der AnKER-Einrichtungen hat sein Hauptziel somit verfehlt und ist als gescheitert anzusehen, da die Verlängerung der Unterbringungsdauer in der Erstaufnahmeeinrichtung zu keiner wesentlichen Beschleunigung des Asylverfahrens führt.

Thüringen sollte aus dieser Erfahrung anderer Bundesländer lernen und deren Fehler nicht wiederholen. Stattdessen sollte der Freistaat bei seiner Politik der möglichst frühzeitigen dezentralen Unterbringung Asylsuchender bleiben und den Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung auf wenige Wochen (max. 3 Monate) begrenzen. Nur so lassen sich die negativen sozialen Folgen einer längeren Unterbringung in Massenunterkünften der Erstaufnahme vermeiden. Von Beginn an sollte das Ankommen im Mittelpunkt stehen und Integration gefördert werden. Eine Unterbringungsform, die die Menschenwürde verletzt, zur Isolation führt und vor allen Dingen auf Abschiebung orientiert ist, ist ein Irrweg.

Negative Auswirkung einer längeren Verweildauer in der EAE auf die Qualität der Asylverfahren

Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen ist ein Asylverfahren dann erfolgreich, wenn es ein faires Verfahren ist, in dem die Asylsuchenden umfänglich über ihre Rechte aufgeklärt werden, im Verfahren behördenunabhängige Beratung wahrnehmen und ggf. auch mit anwaltlicher Unterstützung ihre Rechte verfolgen können.

In der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl gibt es ein landesgefördertes Projekt der Asylverfahrensberatung (über den KK Henneberger Land, Mitglied der Diakonie Mitteldeutschland), das die Menschen während ihres Aufenthalts einzelfallbezogen zum Asylverfahren berät. Das Projekt stößt schon jetzt an seine Kapazitätsgrenzen, bei einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer ohne entsprechende Aufstockung des Projektes, würde die Beratungsqualität und damit auch das Asylverfahren zwangsläufig leiden. Die Asylverfahrensberatung des BAMF kann die einzelfallbezogene Beratung durch freie Träger

nicht ersetzen. Schon jetzt ist außerdem für Asylsuchende aus der Erstaufnahmeeinrichtung der Zugang zu anwaltlicher Vertretung erschwert, da sich im näheren Umkreis nicht genügend Anwälte mit den im Migrationsrecht erforderlichen Spezialkenntnissen befinden. Asylsuchende können Rechtsschutz im Asylverfahren nur eingeschränkt wahrnehmen. Diese Situation würde bei Verlängerung der Verweildauer weiter verschärft.

4. Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderungen für die aufnehmenden Kommunen?

Ob eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl tatsächlich zu der angenommenen finanziellen Entlastung der Kommunen bzgl. Kosten für die Unterbringung führen würde, ist fraglich. Einerseits halten die Kommunen Gemeinschaftsunterkünfte vor, für die sie sich vertraglich über einen festgesetzten Zeitraum gebunden haben, d.h. auch bei Leerstand fallen für die Kommunen Kosten an. Eine längere Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung würde nur den Zeitpunkt hinauszögern, ab dem für die Kommunen Unterbringungskosten entstehen. Darüber hinaus führt ein längerer Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung absehbar zu Folgekosten nachholender Integration in den Kommunen. Je länger Menschen die Möglichkeit zur Integration und zum Ankommen im Sozialraum vorenthalten wird, desto aufwendiger, teurer und langwieriger wird es für die Kommunen diese Integrationsdefizite auszugleichen. Es ist zu erwarten, dass die Kosten für Integrationsangebote auf kommunaler Ebene steigen werden. Menschen können beispielsweise erst später mit dem Spracherwerb beginnen, haben dadurch erst später die Chance sich im Arbeitsmarkt zu integrieren und sind deshalb länger auf Sozialleistungen zur Unterstützung angewiesen.

5. Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Situation in und um die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl?

Sollte es zu einer Verlängerung der Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl kommen, ist damit zu rechnen, dass die Spannungen vor Ort zunehmen werden. Eine dichtere Belegung der Einrichtung bei Fortbestehen der bekannten Probleme (z.B. fehlende Bewegungsfreiheit, fehlende Freizeitangebote, fehlende Privatsphäre, fehlende Integrationsangebote) erhöht das Gewaltpotenzial innerhalb des Hauses. Menschen in lagerähnlichen Bedingungen auf engem Raum und ohne zeitnahe Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben unterzubringen, stellt zudem eine enorme psychische Belastung dar.

6. Wie bewerten Sie die Verteilung der Flüchtlinge auf Thüringer Kommunen nach aktuell geltendem Recht?

Im ersten Halbjahr 2021 lag die Zahl der Asylerstanträge bundesweit bei 81.284, bis zum Jahresende 2021 hochgerechnet wird voraussichtlich ein Wert zwischen dem Niveau der Jahre 2013 (127.023) und 2014 (202.834) erreicht werden. Auf Thüringen sind davon in den ersten

sechs Monaten 1.511 Neuanträge entfallen. Ein Übersteigen der Aufnahmekapazität der Kommunen für neuereintreffende Asylsuchende, ist nicht zu erwarten.

Die LIGA begrüßt die derzeitige Praxis einer zügigen Zuweisung der Flüchtlinge in die Kommunen. Bei der Verteilung ist jedoch die Identifizierung besonderer Schutzbedarfe (Opfer von Menschenhandel, psychisch Kranke, Schwangere, etc.) dringend erforderlich und sollte stärker in den Blick genommen werden. Dies ist europarechtlich vorgeschrieben, findet jedoch in Thüringen zu wenig Anwendung. Vor allem hinsichtlich der Feststellung und eines Aufbaus von zugeschnittenen Versorgungsstrukturen.

7. Welche Alternativen sehen Sie zur Erhöhung der Höchstverweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung, um zu einer für die Kommunen gerechten und handhabbaren Verteilung zu gelangen?

Wir sehen keine Alternativen zur geltenden gesetzlichen Regelung, die eine gerechte Lastenteilung zwischen allen Landkreisen herstellt und gleichzeitig den Interessen der Asylsuchenden nach möglichst frühzeitig einsetzender Integration im Gemeinwesen Rechnung trägt.

Auch unter dem Aspekt der Pandemiebekämpfung empfehlen wir eine frühzeitige dezentrale Unterbringung möglichst in Wohnungen oder wohnungsähnlichen Unterkünften. Auch auf kommunaler Ebene sollte Gemeinschaftsunterbringung möglichst vermieden werden. Den Kommunen ist zu empfehlen, ihre Unterbringungsstrategie künftig entsprechend ausrichten.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen:

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"> <i>IB Mitte gGmbH, Zentrum für Integration und Migration</i> </td> <td style="border: none;"> <i>gGmbH</i> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"> <i>Rosa-Luxemburg-Str. 50</i> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"> <i>99086 Erfurt</i> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>IB Mitte gGmbH, Zentrum für Integration und Migration</i>	<i>gGmbH</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rosa-Luxemburg-Str. 50</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99086 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>IB Mitte gGmbH, Zentrum für Integration und Migration</i>	<i>gGmbH</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rosa-Luxemburg-Str. 50</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99086 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellidokG)	
	Integration von Zugewanderten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellidokG)	
	Wir lehnen die Verlängerung der Verweildauer in Ersteinrichtungen ab, da gelungene Integration vor Ort mit entsprechenden Strukturen (in den Kommunen) besser gelingen kann.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.09.21	



09.09.21

Zentrum für Integration und Migration (ZIM)

***Stellungnahme zum 'Fünften Gesetz zur Änderung des
Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes'***

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei finden Sie unsere Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU zum fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, die „Pflicht zur Aufnahme von Asylantragstellern, Asylfolgeantragstellern, geduldeten, vollziehbar ausreisepflichtigen und unerlaubt eingereisten Ausländern [...] in Übereinstimmung mit § 47 Abs. 1 AsylG erst nach Ablauf von 18 Monaten oder mit Anerkennung der Asyl- und Flüchtlingseigenschaft“ anzusetzen, „es sei denn, zu ihrer Kernfamilie gehören Kinder unter 14 Jahren oder sie können ihre Identität zweifelsfrei nachweisen“ (Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU – Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes, S.4).

Zielsetzung ist es, sowohl einer willkürlich anmutenden Verteilung von Personen auf die Kommunen entgegenzuwirken und diese somit zu entlasten als auch einen Anreiz für Personen zu schaffen, ihre Identität offenzulegen, um ihr Asylverfahren zu beschleunigen.

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1508

zu Drs. 7/2286

Wir vom Zentrum für Integration und Migration (ZIM) sehen die Arbeit der Kommunen als zentral für eine gelungene Integration von Geflüchteten und Migrant*innen. Dementsprechend stehen wir für eine Entlastung der Kommunen ein, so dass diese sich den hilfe- und schutzsuchenden Menschen wirksamer widmen können.

Jedoch ist fraglich, ob die vorgeschlagene Maßnahme sich als geeignet herausstellen wird. Es ist zu befürchten, dass sich die bereits angespannte Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen bei Erhöhung der Höchstverweildauer zuspitzen wird. Schon jetzt ist zu erkennen, welche großen Probleme das Zusammenleben in den Erstaufnahmeeinrichtungen mit sich bringt – schaut man beispielsweise auf die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl.

Hier schüren sich die Konflikte zwischen den Bewohner*innen – alltäglicher, aber auch religiöser und kultureller Art. Zudem nimmt die Kriminalitätsrate seit einiger Zeit zu. (vgl. Probleme in der Erstaufnahme: Suhl bittet um Hilfe – dauerhafte Lösung nicht in Sicht, mdr, 24.Juni 2021). Integrationsprozesse sind in Erstaufnahmeeinrichtungen nur bedingt möglich. Die Bewohner*innen sind häufig isoliert und haben kaum Kontakt zu Einheimischen - insbesondere in Zeiten der Pandemie. Zudem unterliegen sie einer gesellschaftlichen Stigmatisierung, die mit einer erhöhten Anfeindung von Anwohner*innenseite einhergeht.

Eine finanzielle Entlastung der Kommunen würde bei Erhöhung der Höchstverweildauer zwar vorerst stattfinden, jedoch würde sich der Integrationsprozess von betroffenen Personen nur aufschieben, d.h. dass diese nach Ablauf der 18 Monate voraussichtlich nicht genügend Sprachkenntnisse vorweisen können, um einer Arbeit nachzugehen und schließlich auf Sozialleistungen angewiesen sein werden.

Für eine gelingende Integration ist es wichtig, so früh wie möglich vor Ort in die bestehenden Beratungs- und Integrationsstrukturen eingebunden zu werden. Das gelingt nur, wenn Zugewanderte, zeitnah auf die entsprechenden Kommunen verteilt werden.

Bezüglich der Identitätsoffenlegung ist anzumerken, dass diese ausschlaggebend ist, um Personen mit kriminellen oder extremistischen Hintergrund zu ermitteln und auch, um die Zuständigkeiten unter den Behörden im Rahmen des Asylverfahrens festzulegen. Gleichzeitig wäre es nicht zielführend, sämtlichen Personen mit fehlenden Personalien die Aufnahmebedingungen zu erschweren. Es sollte zukünftig ein Identitätsmanagement angestrebt werden, welches nicht ausschließlich über die Überprüfung von vorhandenen Personalien und Dokumenten läuft, sondern beispielsweise über Sprachbiometrie und Bildbiometrie. (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).

Wir bewerten den Gesetzesentwurf daher aufgrund der oben genannten Punkte als ablehnungswürdig.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2286 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

☒

MPI für ethnologische
Forschung

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Advokatenweg 36

Postleitzahl, Ort

06114 Halle

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Wissenschaftliche Forschung zu Flucht und Migration	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Der Gesetzesentwurf ist nicht dazu geeignet die genannten Probleme zu beseitigen. Durch die vielfältigen Schwierigkeiten bei der Identitätsfeststellung würde lediglich die Verweildauer in der EAE erhöht und die damit verbundenen Probleme würden verschärft.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum

09.09.2021, Berlin



Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung
Max Planck Institute for Social Anthropology

MPI für ethnologische Forschung, Postfach 11 03 51, D-06017 Halle/S.

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Advokatenweg 36
D-06114 Halle/Saale

THUR. LANDTAG POST
10.09.2021 13:41

22434/2021

<https://www.eth.mpg.de>
e-mail:
foblets@eth.mpg.de
rao@eth.mpg.de
xiang@eth.mpg.de

Ihre Zeichen
Drs. 7/2286

Ihr Schreiben vom
20.07.2021

unsere Zeichen

Datum
10.09.2021

**Stellungnahme zum Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung
des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes - Drucksache 7/2286**

Mit diesem Schreiben bedanken wir uns ganz herzlich für die Gelegenheit eine Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzentwurf zu verfassen. Wir haben im Haus die Möglichkeit einer solchen Stellungnahme erwogen und der Direktoren-Rat hat beschlossen, diese Aufgabe Frau zu übertragen, die in der Zeit vom 01.03.2010 bis 26.03.2020 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung angestellt war und sich in ihrer Forschung ausführlich mit der Situation von Flüchtlingen in Deutschland beschäftigt hat, darunter insbesondere mit der von somalischen Asylbewerbern. Aufgrund ihres tiefen Einblickes in die gelebte Alltagspraxis kann sie kompetent berichten und hat auf dieser Grundlage einen Kommentar zum Gesetzentwurf geschrieben. Mehrere Direktoren haben ihren Kommentar gelesen. Er ist solide und begründet. Wir möchten Sie daher bitten, diesen in Ihren weiteren Überlegungen zu berücksichtigen.

Wir möchten Sie allerdings auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass dies keine Stellungnahme des gesamten Instituts ist oder die Meinung der Leitung widerspiegelt. Dies ist ein fundierter wissenschaftliche Kommentar, der die Perspektive einer wohlinformierten Wissenschaftlerin wiedergibt.

Mit freundlichen Grüßen,

Stellungnahme von zum Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes - Drucksache 7/2286

Vorbemerkung

Vor der eigentlichen Stellungnahme möchte ich kurz den Hintergrund meiner Überlegungen darstellen. Die Anfrage für das Verfassen der Stellungnahme erhielt ich als eine an der Wissenschaftsinitiative Migration der Max-Planck-Gesellschaft beteiligte Wissenschaftlerin. Im Rahmen dieser Wissenschaftsinitiative habe ich ein ethnologisches Forschungsprojekt zur Situation somalischer Geflüchteter in Deutschland geleitet, das zum Teil auch in Thüringen durchgeführt wurde (mit den Schwerpunkten Erfurt und Gera). Meine Darstellung wird daher vor allem den Blick Geflüchteter wiedergeben. Als Ergebnis dieses Projektes ist bereits ein Artikel erschienen („Balancing inclusion and exclusion among Somali migrants in Germany“, *International Migration*, 2021, open access). Das Projekt in Deutschland baute auf meinen Forschungen mit somalischen Flüchtlingen in Kenia auf (in urbanen Gebieten), sowie auf meinen Erfahrungen mit burundischen Flüchtlingen in Flüchtlingslagern in Tansania. Momentan arbeite ich zudem an der Herausgabe des ersten deutschsprachigen ‚Handbuch Flucht- und Flüchtlingsforschung‘ (Nomos, 2022). Darüber hinaus bin ich in Thüringen geboren und aufgewachsen und verfolge daher die Entwicklungen in Thüringen mit besonderer Aufmerksamkeit.

Problemfeststellung und Gesetzesänderung

In der Problemfeststellung (A) werden fünf Hauptprobleme genannt:

- 1) Landkreise und kreisfreie Städte seien unabhängig von ihren individuellen Möglichkeiten zur Aufnahme von Personen des zuvor genannten Personenkreises nach einer von der Landesregierung festgesetzten Quote verpflichtet.
- 2) Wenn sich Kommunalvertretungen ausdrücklich bereit erklärt haben, mehr Personen des genannten Personenkreises aufzunehmen, fänden Abweichungen nicht unmittelbar Berücksichtigung.
- 3) Thüringen habe formelle und materielle Änderungen noch nicht umgesetzt, die sich aus dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20. Oktober 2015, BGBl. I S. 1722, ergeben.
- 4) Seit Jahren beklagten sich Kommunen über die willkürlich anmutende Verteilung von Personen, die sich fortgesetzt gegen Regeln und Gesetze stellen.
- 5) Die Behörden vor Ort beklagten fehlende Eingriffsmöglichkeiten, mangelhafte Personalausstattung der Polizei und Belästigung der Rettungsdienste.

Als Lösung (B) für diese Probleme wird vorgeschlagen:

- die Aufnahmepflicht der Landkreise und kreisfreien Städte näher zu umreißen
- die Höchstverweildauer in einer Erstaufnahmeeinrichtung entsprechend § 47 Asylgesetz (AsylG) auf 18 Monate zu erhöhen.
- davon sollen Familien mit minderjährigen Kindern und Personen, deren Identität eindeutig nachgewiesen ist, ausgenommen werden

Werden (A) und (B) zusammen betrachtet, fällt auf, dass sich die unter (A) genannten Probleme nicht mit den unter (B) genannten Lösungen bewältigen lassen. Die Erhöhung der Höchstverweildauer in Erstaufnahmeeinrichtungen ändert nichts an dem Verteilschlüssel (1, 4) oder dessen kurzfristiger Veränderung (2), somit wird auch die Aufnahmepflicht nicht näher umrissen. Vielleicht könnte in punkto Verteilschlüssel einfach transparenter gemacht werden,

welche Indikatoren in die Erstellung dieses Schlüssels einbezogen werden. Es handelt sich bei der vorgeschlagenen Gesetzesänderung auch nicht um eine formale Anpassung im Sinne des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (3). Und die fehlende Personalausstattung (5) wird von dem Gesetzesentwurf ebenfalls nicht tangiert. Der zweite und der dritte Lösungsvorschlag beziehen sich auf Probleme, die unter (A) nicht als solche ausformuliert wurden. Insbesondere die zweite Ausnahmeregelung als Anreiz bei der Identitätsfeststellung mitzuwirken, wird als Lösung präsentiert, ohne dass dazu ein Problem benannt worden wäre. Zudem wurde von (FDP) bei der Plenarsitzung am 03.06.2021 schlüssig dargelegt, dass die in Thüringen praktizierte schnelle Verteilung von den Landkreisen und Kommunen nicht als Problem gesehen wird, sondern sogar gewünscht ist.

Die **eigentliche Gesetzesvorlage (C)** weicht von den zuvor präsentierten Lösungen zudem in folgenden Punkten ab:

- als minderjährige Kinder werden Personen unter 14 Jahren gefasst

Nach § 2 BGB ist eine Volljährigkeit jedoch erst ab 18 Jahren gegeben, darunter wird also von Minderjährigkeit gesprochen. Dieser Punkt steht zudem im Widerspruch zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20.10.2015. Die hier in Bezug auf das Asylgesetz festgehaltene Einführungen Formulierungen voll- bzw. minderjährig bezieht sich auf die zu ersetzenden Altersangaben 16 und 18, also nicht in Deckung mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung. Nur Kinder unter 14 in die Gesetzesvorlage einzubeziehen ist außerdem konträr zu der als Lösung (B) präsentierten besonderen Berücksichtigung der Entwicklungsbedürfnisse der Kinder.

- die Identität soll mit einem gültigen Personaldokument festgestellt werden

Diese Engfassung wirft erhebliche Probleme auf. Was genau wird unter einem Personaldokument verstanden? Wie wird die Gültigkeit der Personaldokumente festgestellt? Werden weitere Möglichkeiten der Identitätsfeststellung in Betracht gezogen? Diese Punkte werden unter 3.1 ausführlicher betrachtet.

Unter den **Begründungen (D)** wird zudem ein Punkt präsentiert, der weder in der Problemfeststellung noch im Lösungsansatz dazu genannt wurde:

„Das Feststellen der Identität erleichtert auch den für den Ablauf des Weiteren ausländerrechtlichen Verfahrens zuständigen unteren Ausländerbehörden die weitere Bearbeitung. Zeit- und ressourcenaufwändige Ermittlungsverfahren erübrigen sich.“

Ausführung der Überlegungen zu den in der Anfrage gesondert aufgeführten Fragen 1-5

Identitätsnachweis

Der Idee, durch diesen Gesetzesentwurf eine Identitätsfeststellung zu beschleunigen, liegen mehrere Trugschlüsse zu Grunde – 1) eine Gleichsetzung von Menschen mit nicht nachgewiesener Identität mit „Asylbewerbern, die sich nicht an Recht und Gesetz halten“ (Plenarsitzung 03.06.2021), 2) dass alle Menschen die von Deutschland anerkannten Personaldokumente jemals ausgestellt bekommen haben, 3) dass das Vorhandensein von Personaldokumenten automatisch zu einer Identitätsfeststellung führt, und 4) dass Asylbewerberinnen und Flüchtlinge (im rechtlichen Sinne) keine eigene Motivation für ebendiese Identitätsfeststellung hätten.

Schon in der Plenardebatte wurden Gründe für das Fehlen von Personaldokumenten angesprochen, hier wurde immer wieder auf den Verlust eben dieser auf dem Migrationsweg verwiesen. In unserer Forschung gab es zudem mehrere Beispiele, bei denen der Verlust der Dokumente an der Grenze zu Europa stattfand - in einem Fall verursacht durch die griechische Küstenwache, von der unser Interviewpartner geschlagen wurde und die den Inhalt seiner Tasche

ins Meer warf, in einem anderen Fall gingen die Dokumente einer somalischen Frau bei der Versorgung mit trockener Kleidung in Sizilien verloren.

Als viel größeres Problem wurde uns von den somalischen Interviewten jedoch die Nichtanerkennung von Personaldokumenten geschildert.

Dazu möchte ich ein kurzes Beispiel geben. lebte zum Zeitpunkt des Interviews 2017 seit 18 Jahren in Deutschland. Als Kind war sie zunächst mit ihrer Familie von Somalia nach Kenia geflohen und mit 7 Jahren dann weiter nach Deutschland. Nach ihrem Abitur war sie gerade dabei eine Ausbildung zur Heilpädagogin abzuschließen, nebenbei engagiert sie sich ehrenamtlich in einem Verein. Trotz dieser langen Zeit in Deutschland erhielt mmer nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis für 3 Jahre, da ihre Geburtsurkunde nicht anerkannt wurde und sie dadurch keine deutsche Staatsbürgerin werden konnte (ein Prozess den sie 5 Jahre zuvor angestoßen hatte). Die Einschränkungen, die sie dadurch erlebte, waren vielfältig - sie konnte weder ihre durch die Flucht weit verstreute Familie im Ausland (z.B. in GB) besuchen, erlebte Benachteiligungen bei der Stellensuche (insbesondere wenn zu dem Zeitpunkt eine Fiktionsbescheinigung, also die Bescheinigung eines vorläufigen Aufenthaltsrechts im Zuge des Verfahrens zur Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, vorlag), hatte weniger Möglichkeiten sich auf ein Stipendium zu bewerben und selbst eine Vereinsgründung gestaltet sich so sehr schwierig. Zudem plante zu heiraten, was aber wiederum durch die Nichtanerkennung der Geburtsurkunde in Deutschland nicht möglich war.

Aus anderen Interviews wissen wir, dass neben den Schwierigkeiten in Bezug auf Eheschließungen auch die fehlenden Möglichkeiten zur Vaterschaftsanerkennung (selbst bei Vorliegen von Personaldokumenten, wie z. B. einem somalischen Pass) eine große Belastung sowohl für die betroffenen Väter als auch die Mütter darstellt, durch rechtliche Benachteiligung, aber auch da ihre Kinder als unehelich eingestuft werden. Durch die Nichtanerkennung von Personaldokumenten würde auch ein Vaterschaftstest zwar die biologische Verwandtschaft aufzeigen können, nicht jedoch zu einer Registrierung als Vater führen. Die in Deutschland geborenen Kinder selbst erhalten wiederum keine Geburtsurkunde, sondern lediglich eine Geburtsregistrierung, was in Folge eine Einbürgerung erschwert.

Die Notwendigkeit Geburts- und Heiratsurkunden vorlegen zu müssen geht zudem an den Lebensbedingungen großer Teile der Weltbevölkerung vorbei. Im somalischen Kontext gab es bis zum Auseinanderbrechen des Staates 1991 lediglich im urbanen Raum Geburtsurkunden, danach auch dort nicht mehr unbedingt. Heiraten werden durch die Anwesenheit von Zeugen anerkannt, es gibt keine Eheschließungspapiere. Ähnliches trifft auf Scheidungen zu.

Durch die geschilderten Nachteile ist die Motivation an der Identitätsfeststellung mitzuwirken sehr hoch. In manchen Fällen wird dadurch die eigene Familie in eine schwierige Situation gebracht, da über die gesamte Zeit des Asylverfahrens, also teilweise über Jahre hinweg, die originalen Flüchtlingsausweise der sich in einem anderen Land befindlichen Verwandten in Deutschland aufbewahrt werden und diese dann im jeweiligen Land nicht mehr als registriert (und somit illegal) gelten, so geschehen mit *Republic of Kenya Refugee Certificates*.

Die von diesen Problemen betroffenen Personen, wie zum Beispiel sind in jedem Falle existent und sehr real, zudem betrifft dieses Problem keineswegs nur Somalis in Deutschland. Dies wirft die Frage auf, ob nicht ein rechtlicher Rahmen für eine Identitätsanerkennung (in Abgrenzung zu einer Identitätsfeststellung) existiert bzw. geschaffen werden sollte.

Die von Deutschland geforderte Form der Identitätsfeststellung über Personaldokumente wird sogar als Benachteiligung (und damit einer Gleichbehandlung nach deutschem Recht widersprechend) aufgefasst, da die Ausstattung mit diesen Personaldokumenten von Land zu Land unterschiedlich ist und somit Geflüchtete aus Ländern, in denen mehr Personaldokumente ausgestellt werden, beim Asylprozess als bevorteilt angesehen werden. Zudem wird die Nichtanerkennung von Personaldokumenten, bzw. die daraus resultierenden Nachteile, als

Nichtanerkennung der Lebensleistung und des Integrationswillens empfunden. So lautete der Schlusssatz von „Ich möchte, dass ich hier irgendwann akzeptiert werde.“

Mit dieser Darstellung können auch die ersten zwei Fragen beantwortet werden:

1) Bewertung der Verknüpfung der Aufnahmespflicht der Kommunen mit dem Vorhandensein von gültigen Personaldokumenten zur Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden:

Wie die oben aufgeführten Beispiele zeigen, würde dies in vielen Fällen darin münden, dass Asylbewerberinnen die gesamten 18 Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung verbringen müssten, da zum einen bestimmte Dokumente nicht vorgelegt werden können und zum anderen die vorgelegten Dokumente oft nicht anerkannt werden.

2) Zusätzliche oder alternative Möglichkeiten im Rahmen des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes auf das Vorhandensein eines Identitätsnachweises einzuwirken:

Die Motivation zum Identitätsnachweis ist ohnehin groß, daher sind keine zusätzlichen oder alternativen Möglichkeiten notwendig. Zudem ist im Rahmen des Asylverfahrens festgelegt, dass eine Mitwirkung bei der Identitätsfeststellung erwartet wird.

Erstaufnahmeeinrichtung (Suhl)

Ebenso wie eine intrinsische Motivation des Identitätsnachweises besteht, so gibt es auch eine große Motivation Suhl zu verlassen. Im Rahmen unseres Forschungsprojektes wurde die Zeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen (zu dem Zeitpunkt noch Suhl und Eisenberg) immer wieder als besonders schwere Zeit benannt. Dabei wurde in den Interviews deutlich, dass hierbei drei unterschiedliche Probleme aufeinander trafen - 1) die Zustände innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen, 2) der außerhalb der Einrichtungen existierende Alltagsrassismus, und 3) das als schwere Belastung empfundene Warten auf die Entscheidung.

Die Zustände innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen wurden in der Plenarsitzung vom 03.06.2021 mehrfach erwähnt. Auch in unseren Interviews wurden Überfüllung, unterschiedliche Schlaf- und Essgewohnheiten, die fehlende Privatsphäre, aber auch aggressive, oft alkoholabhängige und/oder psychisch beeinträchtigte, Mitbewohner als sehr belastend geschildert. Daran wird deutlich, dass die Interessenlage der Interviewten sich zum Teil nur wenig von der der Menschen in der Nachbarschaft der Erstaufnahmeeinrichtung unterscheidet.

Allerdings wurde uns als fast noch größeres Problem der Alltagsrassismus geschildert. Herr Malsch (CDU) sprach in der Plenarsitzung vom 03.06.2021 von „Asylbewerber[n] und Flüchtlinge[n], ... die anderen Menschen unabhängig von Geschlecht oder Religion respektvoll gleichberechtigt gegenüberstehen.“ Leider ist die lokale Bevölkerung in dieser Hinsicht kein Vorbild. Gerade in Bezug auf Thüringen gab es in den Interviews viele Berichte von Rassismus - von Beleidigungen, von offen aggressivem Verhalten und von körperlichen Angriffen (auch auf Frauen und Kinder). Ein Interviewpartner wurde sogar von Sozialarbeitern gewarnt nach 17 Uhr nicht mehr alleine nach draußen zu gehen, die Chancen auf einen gewaltsamen Übergriff seien zu hoch. Eine Konsequenz daraus war, dass er sich mit anderen zu einer kleineren Gruppe zusammenschloß wenn er die Unterkunft verlassen wollte. Das Auftreten in Gruppen dient also auch als Schutz, wird aber wiederum von der lokalen Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen, was zu einer Spirale der gegenseitigen Verdächtigungen und Aggression führen kann. Die Polizei wird in solchen Fällen meist nicht eingeschaltet, da dieser gegenüber oft kein Vertrauen existiert. Das Fehlen des Vertrauens rührt zum einen aus negativen Erfahrungen in der Herkunftsregion und auf dem Weg nach Deutschland (wobei in Kontexten in denen Vertrauen zum Sicherheitspersonal besteht, dieses auch häufig eingeschaltet wird), aber auch aus negativen Erlebnissen mit der deutschen Polizei (in Form von verbaler Ablehnung als Schwarze und als Asylbewerber, oder in Form von ausbleibender Unterstützung im Falle rassistischer Vorfälle).

Als weiterer wesentlicher belastender Umstand kommt in den Erstaufnahmeeinrichtungen das Warten auf die ungewisse Entscheidung des Asylverfahrens hinzu. Dieser lange Zeitraum ohne

klare Perspektive ist im wissenschaftlichen Kontext unter dem Stichwort ‚Waithood‘ bereits oft untersucht wurden, ebenso wie die möglichen Folgen Selbstaufgabe, Depression und Drogen-/Alkohol-Abhängigkeit. Dies ist nicht nur zutreffend auf Menschen aus Ländern ohne Bleibeperspektive – alle anderen haben ebenfalls Angst, dass sie keine Anerkennung als Geflüchtete finden. Manche von ihnen haben jahrzehntelang dauernde Fluchtverläufe hinter sich - wie eine somalische Frau, die ebenfalls in einem kenianischen Flüchtlingslager aufwuchs, aufgrund einer Bedrohung Kenia mit ihren drei Kindern verlies, in Indonesien nur eine kurzfristige Zuflucht fand, nach Ostafrika zurückkehrte und von dort schließlich über Ägypten nach Deutschland gelangte. Dies ist sicherlich ein Extremfall, ähnliche Verläufe wurden im Rahmen unserer Erhebung jedoch immer wieder geschildert. Die Hoffnung sich nach solch langer Zeit endlich niederlassen zu können, mündet oft in großer Sorge um den Ausgang des Asylprozesses. Aber nicht nur das Warten auf den ungewissen Ausgang des Asylprozesses wird als belastend empfunden, sondern auch die Tatenlosigkeit, die häufig mit diesem Zeitabschnitt verbunden ist, wie dieses Zitat aus einer Gruppendiskussion deutlich macht: „Deutschland macht perspektivlos. Die Flüchtlinge, die nicht zur Schule gehen können, nicht arbeiten können. Und die müssen da warten und die sitzen da in ihren Zimmern, werden dann wie Tiere gefüttert. Wir sind doch keine Tiere. Psychisch krank werden die, weil die da nur die Wände sehen und keine Zukunft.“

Aus diesen drei Punkten kann geschlussfolgert werden, dass die beabsichtigte Gesetzesänderung voraussichtlich nur negative Auswirkungen haben wird:

3) Mögliche positive sowie negative Auswirkungen der beabsichtigten Gesetzesänderung für Asylsuchende im Hinblick auf die Dauer und den Erfolg des Asylverfahrens und/oder den Integrationsprozess:

Eine längere Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung wird durch die damit verbundenen psychischen Belastungen (insbesondere, wenn diese zu schon vorhandenen Traumatisierungen hinzukommen) den Integrationsprozess behindern, während die Dauer des Asylverfahrens nicht verkürzt werden wird (siehe 3.1).

4) Mögliche positive sowie negative Auswirkungen der beabsichtigten Gesetzesänderung auf die aufnehmenden Kommunen:

Die aufnehmenden Kommunen werden durch den eben genannten Punkt ebenfalls lediglich negative Auswirkungen zu spüren bekommen.

5) Mögliche positive sowie negative Auswirkungen der beabsichtigten Gesetzesänderung auf die Situation in und um die Erstaufnahmeeinrichtung Suhl:

Die schwierige Situation in und um die Erstaufnahmeeinrichtung Suhl wird sich durch die beabsichtigten Gesetzesänderung eher verschärfen.

Zum Schluss noch ein Vorschlag in Bezug auf das eigentliche, der beabsichtigten Gesetzesänderung zugrunde liegende, Problem aggressiver oder krimineller Asylbewerber - ein Problem welches durch die beabsichtigte Gesetzesänderung nicht gelöst werden kann. Über eine konsequente Verfolgung von strafrechtlich relevanten Verstößen hinaus wäre es sicherlich eine gute Idee, migrantische Gruppen stärker in die Problemlösung mit einzubeziehen und zwar thüringenweit (wenn nicht bereits geschehen). Auch hier existiert ein großes Eigeninteresse der migrantischen Gruppen, zum einen in Bezug auf das Zusammenleben in den Gemeinschaftsunterkünften, zum anderen zur Vermeidung eines negativen Eindrucks bei der lokalen Bevölkerung. Hier könnten migrantische Vereine, aber auch Sozialarbeiter und nicht offiziell registrierte Gruppen eine wichtige Rolle spielen.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzesentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzesentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>MIGRANETZ THÜRINGEN e.V.</td> <td>eingetragene Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Wagnergasse 25, "</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07743, Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	MIGRANETZ THÜRINGEN e.V.	eingetragene Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wagnergasse 25, "	Postleitzahl, Ort	07743, Jena
	Name	Organisationsform									
	MIGRANETZ THÜRINGEN e.V.	eingetragene Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wagnergasse 25, "									
Postleitzahl, Ort	07743, Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessenvertretung von Migrantenorganisationen und Menschen mit Migrationshintergrund, ihre Professionalisierung und Netzwerkbearbeit.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Wir sind mit der Gesetzesänderung nicht einverstanden, da eine Höchstverweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung keine Auswirkung auf die Identitätsfeststellung haben würde. Außerdem würde es der Integrationsprozess dieser Menschen und die Kapazität der EAE nur erschweren.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 10.09.21	

STELLUNGNAHME MIGRANETZ THÜRINGEN

ENTWURF

Drucksache 7/2286 – Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/1512

zu Drs. 7/2286

Wie bewerten Sie die Verknüpfung der Aufnahmepflicht der Kommunen mit dem Vorhandensein von gültigen Personaldokumenten zur Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden?

MigraNetz bezeichnet diese Verknüpfung als unnötig und sinnlos. Es gibt bereits genug Druck und Sanktionen auf Asylbewerber, die ihre Personaldokumente, aus welchen Gründen auch immer, nicht vorlegen können, um die Dauer des Aufenthalts in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu verdreifachen.

Menschen in Europa weisen ihre Identität seit langem wie selbstverständlich über Personendokumente nach. Bei Geflüchteten ist dies aber bisweilen nicht selbstverständlich. Bei etlichen gilt die Identität als ungeklärt. Die Gründe sind vielfältig: Einige Geflüchtete sind staatenlos, anderen sind die Papiere auf der Flucht verlorengegangen. Auch kulturell unterschiedliche Zeitangaben, mangelnde Kooperation von Herkunftsländern oder Fehler bei Behörden in Europa spielen bei den ungeklärten Identitäten eine Rolle. Manche machen auch schlicht falsche Angaben, um in Deutschland bleiben zu können.

Wenn diese Gesetzesänderung darauf abzielt, Druck auf diejenigen auszuüben, von denen sie glauben, dass sie ihre Dokumente nur deshalb "verstecken", um eine bessere Bleibeperspektive zu haben oder nicht abgeschoben zu werden, glauben wir nicht, dass sie wirksam sein wird. Denn wenn sie bereits alles durchgemacht haben, um ihr Herkunftsland zu verlassen, ist eine Rückkehr für sie keine realistische Option. Viele haben ihr Leben und das ihrer Familien riskiert, weil sie in ihren Heimatländern keine sichere Zukunft sahen. Das Leben hier wird, unter welchen Bedingungen auch immer, immer besser sein als an dem Ort, den sie verlassen haben.

Daraus lässt sich logischerweise ableiten, dass die Verknüpfung der Verpflichtung der Kommunen zur Aufnahme von Asylsuchenden mit dem Vorhandensein gültiger Personaldokumente nicht zu einer Beschleunigung der Beschaffung dieser Dokumente führt. Im Gegenteil, es wird nur zu mehr Spannungen und Konflikten unter den Bewohnern von EAE führen, weil sie sich länger dort aufhalten müssten.

Mit welchen Möglichkeiten kann im Rahmen des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes zusätzlich oder alternativ auf das Vorhandensein eines Identitätsnachweises eingewirkt werden.

Nach unserer Auffassung bietet das Thüringenaufnahmegesetz in dieser Hinsicht keine anderen Möglichkeiten oder Alternativen, um das Vorhandensein eines Identitätsnachweises

einzuwirken. Asylsuchende unterliegen bereits im laufenden Asylverfahren einer Fülle von gesetzlich verankerten Mitwirkungspflichten (gemäß §15 AsylG). Dies ist auf Bundesebene bereits ausreichend geregelt, und wir sehen keine Notwendigkeit für zusätzliche Regelungen auf Landesebene.

Welche positiven oder negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Asylsuchenden im Hinblick auf die Dauer und den Erfolg des Asylverfahrens und/oder den Integrationsprozess?

Keine Verbesserungen bringt die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Asylsuchenden im Hinblick auf die Dauer des Asylverfahrens und bei der Entlastung des BAMF. Die Verlängerung der Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung wird nur zu einer Verknappung der Kapazitäten führen, und die Bearbeitungszeit der Asylanträge wird nicht deutlich verkürzt, denn für deren Umsetzung ist allein das BAMF zuständig.

Im Hinblick auf den Erfolg des Asylverfahrens hätte die vorgeschlagene Gesetzesänderung unseres Erachtens negative Auswirkungen, da sie den Zugang zu den für das Asylverfahren erforderlichen Dienstleistungen auf das Angebot in EAE bzw. in der Stadt Suhl beschränken würde, das wesentlich eingeschränkter ist als das Angebot in anderen Kommunen, insbesondere in größeren Städten. Das Argument, dass sie einen besseren Zugang zur Außenstelle des BAMF haben, reicht unserer Meinung nach nicht aus, denn es nützt nichts, wenn sie die für dieses Verfahren erforderlichen Unterlagen nicht vorlegen können, weil in der EAE oder in Suhl die Kapazitäten im Vergleich zur Verteilung in den Kommunen, wo dieses Verfahren beschleunigt werden würde, überschritten sind.

Was die Integration der Asylbewerber betrifft, so glauben wir, dass sie nur negative Folgen hätte. Der Aufenthalt in der EAE ist an sich schon eine komplizierte Zeit, denn obwohl ihnen verschiedene Arten von Beratungs- und Basisgesundheitsdiensten angeboten werden, können diese die Bedürfnisse der Bewohner*innen nicht optimal abdecken. Isolierte Massenunterkünfte erschweren den Kontakt in die Gesellschaft und die Integration durch abgelegene Unterbringung. Darüber hinaus signalisieren sie den Sonderstatus der Bewohner*innen und setzen diese so auch verstärkt Anfeindungen von außen aus, lassen sie sogar um ihre Sicherheit fürchten. Denn Flüchtlingsunterkünfte Erstaufnahmeeinrichtung wird von ressentimentgeladenen und teils gewaltbereiten Bevölkerungsgruppen gern ins Visier genommen. Erst wenn Asylbewerber in die Kommunen gehen, knüpfen sie soziale Kontakte, haben mehr Zugang zu Sprachkurse, lernen die deutsche Gesellschaft besser kennen und können ihren Integrationsprozess beginnen.

Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die aufnehmenden Kommunen?

Wir sehen keine positiven Auswirkungen dieser Gesetzesänderung für die Kommunen, da die Kommunen in den letzten Jahren viel Erfahrungen gesammelt haben und über viele Strukturen verfügen, um die Integration von Asylbewerbern zu unterstützen. Aber Integration ist mehr noch als andere Politikbereiche ein dynamischer Prozess. Zugleich ist sie

keine einmalige, sondern eine dauerhafte Aufgabe für die Kommunen. Sie betrifft die Aufnahmegesellschaft, die Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Vielfalt und alle Politikfelder. Auch in Zeiten großer Herausforderungen muss der Blick auf den einzelnen Menschen, seine individuellen Potentiale und Bedürfnisse ausgerichtet bleiben.

Darüber hinaus ist bekannt, dass Thüringen mit einem Problem der Überalterung der Bevölkerung konfrontiert ist, insbesondere in ländlichen Gebieten, und diese Lücken mit potenziellen Arbeitskräften füllen muss, um der demografischen Wandel das Rentensystem aufrechterhalten zu können.

Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Situation in und um die Erstaufnahmeeinrichtung Suhl?

Wir sehen nur negativen Auswirkungen bei der beabsichtigten Gesetzesänderung für die Situation in und um die Erstaufnahmeeinrichtung Suhl. Die Probleme dort sind der Landesregierung nur allzu gut bekannt. Sie musste ein Gewaltkonzept entwickeln und die Krisen in Suhl unter den Bewohner*innen selbst vermitteln. Dies ist jedoch eine logische menschliche Reaktion auf die Enge, Verzweiflung und Ungewissheit, die durch die Pandemie im vergangenen Jahr aufgrund der schlechten Bedingungen in der Einrichtung zur Bekämpfung der Ansteckungen noch verstärkt wurde.

MigraNetz Thüringen ist sehr besorgt über die Situation sowohl innerhalb als auch außerhalb der EAE mit der Petition zur Schließung durch die Anwohner und der ausdrücklichen Unterstützung des örtlichen Bürgermeisters.

Wir sind der Meinung, dass man sich statt der Verabschiedung dieser vorgeschlagenen Maßnahmen, sollte man sich darauf konzentrieren, wie man bessere Wohnbedingungen für die Bewohner*innen dieser Einrichtung erreichen kann und wie man die umliegende Bevölkerung für mehr Empathie und Toleranz gegenüber den Bewohnern*innen sensibilisieren kann.

Wie bewerten Sie die Verteilung der Flüchtlinge auf Thüringer Kommunen nach aktuell geltendem Recht?

Wir begrüßen die Bemühungen der Kommunen, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, und wir begrüßen auch den Versuch, den Prozess der Übergabe von Asylsuchende an die Kommunen zu beschleunigen, auch wenn wir dies noch für unzureichend halten.

Wir sind auch der Meinung, dass Gruppen mit besonderen Schutzbedürfnissen, wie traumatisierte, kranke, schwangere Frauen, Familien mit Kindern, mehr Beachtung geschenkt werden sollte und dass in den Gemeinden angemessene Wohnmöglichkeiten für diese Menschen geschaffen werden sollten, denn es macht keinen Sinn, sie aus der EAE herauszunehmen, um sie nach GU zu bringen, wo die Wohnbedingungen für diese Gruppen immer noch unzureichend sind.

Wir sind uns aber auch bewusst, dass die Kommunen besonders stark in der Pflicht sind, die Teilhabe von Migrant*innen voranzubringen. Sie können das aber nur effektiv tun, wenn sie von übergeordneten Ebenen gefördert und gefordert werden.

Welche Alternativen sehen Sie zur Erhöhung der Höchstverweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung, um zu einer für die Kommunen gerechteren und handhabbareren Verteilung zu gelangen?

Wir sehen keine Alternative, denn es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Erhöhung der Höchstverweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung und einer für die Kommunen gerechteren und handhabbareren Verteilung zu gelangen.

Wir sehen nur negative Folgen der geplanten Gesetzesänderung für alle Beteiligten, insbesondere für diejenigen, die auf der Suche nach besseren Lebensperspektiven für sich und ihre Familien nach Deutschland gekommen sind.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="text-align: center;"> Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e.V. Mauerstraße 76 10117 Berlin www.dezim-institut.de </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e.V. Mauerstraße 76 10117 Berlin www.dezim-institut.de	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e.V. Mauerstraße 76 10117 Berlin www.dezim-institut.de									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Integrations- und Migrationsforschung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Insgesamt sind die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht geeignet das skizzierte Problem zu lösen. Es ist eher wahrscheinlich, dass sich die Probleme durch die vorgeschlagenen Maßnahmen eher verschlimmern.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 27.9.2021	

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/1513

zu Drs. 7/2286

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Betreff: Stellungnahme zur Drucksache 7/2286 „Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes.

Sehr geehrte Frau
sehr geehrte Frau
sehr geehrte Mitglieder* des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Gerne nutzen wir die Gelegenheit, zur Drucksache 7/2286 Stellung zu nehmen und bedanken uns für das entgegengebrachte Vertrauen. Als sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut haben wir dabei den aktuellen Forschungsstand zu den aufgeworfenen Fragen berücksichtigt und die gesellschaftspolitischen Implikationen des Gesetzentwurfes vor diesem Hintergrund diskutiert. Bevor wir auf einige der von Ihnen gestellten Fragen eingehen, nehmen wir noch zur Argumentation und internen Kohärenz der Drucksache Stellung. Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Wissenschaftliche Geschäftsführerin

Bewertung der Drucksache 7/2286

Als Problem und Regelungsbedürfnis formuliert Drucksache 7/2286 die Verteilung einer kleinen Minderheit Geflüchteter, die sich „fortgesetzt gegen Regeln und Gesetze stellen und damit die übergroße Mehrheit von wirklich Hilfe und Schutz suchenden Menschen in Misskredit bringen“.

Zur Lösung der umrissenen Problemlage schlägt Drucksache 7/2286 vor, die Höchstverweildauer in Erstaufnahmeeinrichtungen von 12 auf 18 Monate hochzusetzen. Diese Änderung soll nur Personen betreffen, deren Identität nicht eindeutig nachgewiesen ist und die nicht von minderjährigen Kindern begleitet werden.

Zur weiteren Begründung der vorgeschlagenen Änderung führt Drucksache 7/2286 an, dass für Personen ohne eindeutig nachgewiesene Identität ein Anreiz gesetzt wird, „an der Identitätsfeststellung mitzuwirken“.

Dazu stellen wir fest:

- Die als Problem definierten Klagen der Kommunen werden im Antrag nicht dokumentiert. Damit ist unklar, wie sehr diese Klagen gegenüber der Lage rund um die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl berücksichtigt werden müssen.
- Die Verbindung zwischen der kleinen Minderheit Geflüchteter, die sich in den Kommunen vermeintlich Regeln und Gesetzen widersetzen, mit kinderlosen, volljährigen Geflüchteten ohne nachgewiesene Identität bleibt unklar. Ob und wie sich die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen auf die erstgenannte Gruppe beziehen wird nicht ausgeführt. Es bleibt somit offen, inwiefern die vorgeschlagenen Änderungen das von der Drucksache benannte Problem und Regelungsbedürfnis angehen bzw. lösen.
- Die vorgeschlagene Erhöhung der Verweildauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll nicht für Kinder unter 14 Jahren gelten. Dies wird mit dem „besonderen Schutzbedürfnis“ dieser Gruppe begründet. Die Erhöhung der Verweildauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll außerdem nicht für Personen gelten, deren Identität eindeutig nachgewiesen ist. Laut Drucksache 7/2286 soll dadurch die „Motivation zur Mitwirkung“ am Identitätsnachweis erhöht werden. Aus beiden Argumenten lässt sich im Umkehrschluss folgern, dass der Argumentation von Drucksache 7/2286 die Annahme zugrunde liegt, wonach eine längere Aufenthaltsdauer in einer Erstaufnahmeeinrichtung ein Druckmittel bzw. eine Strafe ist. Weiter spielt es für die Argumentation der Drucksache 7/2286 keine Rolle, ob das Fehlen des Identitätsnachweises selbst verschuldet ist oder ob ein aktives Mitwirken an der Identitätsfeststellung das Verfahren beschleunigt. Insofern schlägt Drucksache 7/2286 eine Kollektivstrafe für alle Geflüchteten ohne Identitätsnachweis vor.

Die vorliegende Drucksache ist unserer Einschätzung nach in sich nicht schlüssig. Anstatt das beschriebene Problem bzw. Regelungsbedürfnis anzugehen, zielt Drucksache 7/2286 auf die pauschale Sanktionierung einer dritten Gruppe.

Stellungnahme zu den gestellten Fragen:

Einige Fragen beziehen sich auf juristische oder sehr lokale Zusammenhänge und fallen daher nicht in den Bereich unserer Expertise. Im Folgenden beziehen wir daher nur zu ausgewählten Fragen Stellung:

Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung für die Asylsuchenden im Hinblick auf die Dauer und den Erfolg des Asylverfahrens und/oder auf den Integrationsprozess?

Die Auswirkung auf die Verfahrensdauer können wir nicht beurteilen. Da an der Beschaffung von Dokumenten allerdings Behörden aus mindestens zwei Staaten beteiligt sind, ist es zweifelhaft, ob der Prozess sich durch die betreffende Person nennenswert beschleunigen lässt. Sollte dies jedoch der Fall sein, bleibt weiterhin fraglich, wie stark das Druckmittel von sechs weiteren Monaten in einer Erstaufnahmeeinrichtung auf eine bewusst täuschende Person ist. Dieser Effekt müsste erheblich sein, um die negativen Konsequenzen für alle aktiv mitarbeitenden Personen auszugleichen.

Aufgrund der Forschungslage gehen wir davon aus, dass sich kurze Verfahren positiv auf den Integrationsprozess auswirken (Brenzel und Kosyakova 2019; Hainmueller et al. 2016). Längere Aufenthalte in Erstaufnahmeeinrichtungen hingegen wirken sich negativ auf die psychische Gesundheit von Geflüchteten aus und verschlechtern daher die Integrationsprognose. Weiter zeigt die Forschung, dass die restriktiven Lebensumstände und geringen Betreuungsmöglichkeiten gerade in größeren Sammelunterkünften, im Vergleich zur dezentralen Unterbringung, in Verbindung mit schlechten Bleibeperspektiven nicht nur eine Zunahme von Gewalt zur Folge haben, sondern damit stark erhöhte Gefahren für die anderen Bewohner*innen in den Erstaufnahmeeinrichtungen einher gehen – insbesondere für Kinder, Familien und Traumatisierte (Oghalai 2021).

Wie bewerten Sie die Verknüpfung der Aufnahmepflicht der Kommunen mit dem Vorhandensein von gültigen Personaldokumenten zur Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden?

Es gibt viele Gründe dafür, warum Geflüchtete ohne Personaldokumente Deutschland erreichen. Ein schwach bis gar nicht ausgeprägtes Meldewesen im Herkunftsland oder das bewusste Einziehen der Personaldokumente von Dissidenten und politischen Gegner*innen können dazu führen, dass die Flucht ganz ohne Dokumente angetreten wird. In anderen Fällen können die Dokumente auf der Flucht verloren gehen oder von Fluchthelfer*innen eingezogen bzw. ersetzt werden. Insofern kann nicht unterstellt werden, dass alle oder ein großer Teil der Asylbewerber*innen ohne Personaldokumente bewusst täuschen. Stattdessen muss angenommen werden, dass fehlende Personaldokumente in vielen Fällen auch eine Folge von individueller Verfolgung oder riskanten Fluchtwegen sind. Es lässt sich daher kein systematischer Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Personaldokumenten und individuellem Verhalten erwarten. Die Aufnahmepflicht der Kommunen sollte daher nicht vom Vorhandensein von gültigen Personaldokumenten abhängen.

Welche positiven sowie negativen Auswirkungen hat die beabsichtigte Gesetzesänderung auf die aufnehmenden Kommunen?

Wie bereits geschildert, verschleppt ein längerer Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung den Integrationsprozess und erhöht zudem die Gefahr von psychischen Erkrankungen (Sagbakken et al. 2020). Die von Drucksache 7/2286 vorgeschlagenen Änderungen würden also die Zahl der Geflüchteten mit verschlechterter Integrationsprognose und psychischen Erkrankungen erhöhen. Trotzdem müssten viele dieser Geflüchteten nach Ablauf der 18 Monate von den Kommunen aufgenommen werden. Anstatt die in Drucksache 7/2286 geschilderten Probleme zu lösen, würde die vorgeschlagene Änderung die Belastungen der Kommunen dadurch eventuell sogar erhöhen.

Welche Alternativen sehen Sie zur Erhöhung der Höchstverweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung, um zu einer für die Kommunen gerechteren und handhabbareren Verteilung zu gelangen?

In Deutschland und auch anderen Ländern werden in den letzten Jahren Matching-Verfahren diskutiert und teilweise bereits erprobt (Bansak et al. 2018; Gluns 2021; Jones und Teytelboym 2017). Solche Verfahren ermöglichen Kommunen und Geflüchteten mehr Mitsprache bei der Verteilung und erhöhen so die Verfahrensgerechtigkeit auf beiden Seiten. Wir sehen solche Verfahren als geeigneter an als pauschale Sanktionierungen.

Literaturverzeichnis

Bansak, Kirk; Ferwerda, Jeremy; Hainmueller, Jens; Dillon, Andrea; Hangartner, Dominik; Lawrence, Duncan; Weinstein, Jeremy (2018): Improving refugee integration through data-driven algorithmic assignment. In: *Science* 359 (6373), S. 325–329. DOI: 10.1126/science.aao4408.

Brenzel, Hanna; Kosyakova, Yuliya (2019): Geflüchtete auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Längere Asylverfahren verzögern Integration und Spracherwerb. In: *IAB-Kurzbericht* (06), S. 1–8. Online verfügbar unter <http://doku.iab.de/kurzber/2019/kb0619.pdf>, zuletzt geprüft am 07.09.2021.

Gluns, Danielle (2021): Match'In - Pilotprojekt zur Verteilung von Schutzsuchenden mit Hilfe eines algorithmengestützten Matching-Verfahrens. Migration Policy Research Group. Online verfügbar unter <https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuersozialwissenschaften/politikwissenschaft/forschung/migration-policy-researchgroup/matchin/#c129047>, zuletzt geprüft am 07.09.2021.

Hainmueller, Jens; Hangartner, Dominik; Lawrence, Duncan (2016): When lives are put on hold: Lengthy asylum processes decrease employment among refugees. In: *Science advances* 2 (8), e1600432. DOI: 10.1126/sciadv.1600432.

Jones, Will; Teytelboym, Alexander (2017): Matching Systems for Refugees. In: *Journal on Migration and Human Security* 5 (3), S. 667–681. DOI: 10.1177/233150241700500306.

Oghalai, Bahar (2021): Gewaltschutz in Geflüchtetenunterkünften. Wie lassen sich Schutzkonzepte verbessern? DeZIM Institut (DeZIM Briefing Notes, 06). Online verfügbar unter https://www.deziminstitut.de/fileadmin/Publikationen/Briefing_Notes/DBN_06_210726_web-FINAL.pdf, zuletzt geprüft am 07.09.2021.

Sagbakken, Mette; Bregård, Ida M.; Varvin, Sverre (2020): The Past, the Present, and the Future: A Qualitative Study Exploring How Refugees' Experience of Time Influences Their Mental Health and Well-Being. In: *Front. Sociol.* 5, S. 46. DOI: 10.3389/fsoc.2020.00046.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2286 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

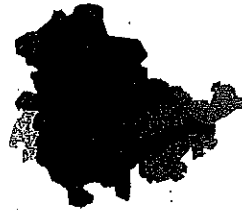
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung Kirchen beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Ziele des Gesetzentwurfes – Höhere Verweildauer von Geflüchteten in der Erstaufnahmeeinrichtung sowie Verknüpfung von Verteilung und Vorlage gültiger Ausweisdokumente – werden durch die Kirche abgelehnt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.09.2021	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Ordinaratsrat

Leiter

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Ihr Zeichen:
Drs. 7/2286

Aktenzeichen:

Erfurt, den 10. September 2021

NUR PER E-MAIL

**Stellungnahme des Katholischen Büros zum Fünften Gesetz zur Änderung
des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drs. 7/2286)**

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

herzlichen Dank für die Beteiligung der Katholischen Kirche am Anhörungsverfahren zum o.g. Gesetzentwurf. Die vielfältigen Anstrengungen, die die zuständigen staatlichen Stellen in unserem Land unternehmen, um Geflüchtete unterzubringen und zu versorgen, werden von der Kirche hoch geachtet. Zudem leisten viele zivilgesellschaftliche Akteure großartige Arbeit, um Menschen, die sich in Deutschland Schutz und Perspektiven erhoffen, zu unterstützen. Auch wir versuchen – vor allem über das Engagement der Caritas – dafür einzutreten, dass die grundlegenden rechtsstaatlichen, humanitären und sozialen Errungenschaften allen Menschen in unserem Land zugänglich sind.

Jeder Mensch, der bei uns Zuflucht sucht, hat Anspruch auf ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Behandlung. Dies gilt auch für jene, die nicht dauerhaft in Deutschland bleiben können. Zu dieser menschenwürdigen Behandlung gehört aus unserer Sicht nicht zuletzt, dass Geflüchtete nicht länger als unbedingt notwendig in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Sammelunterkünften verbleiben müssen. Die damit zumeist verbundene räumliche Enge und Isolation vom gesellschaftlichen Leben verhindert nicht nur eine rasche Integration, sondern führt nicht selten zu großer Anspannung und Konflikten. Die anhaltenden Auseinandersetzungen um die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl belegen dies deutlich.

Die derzeit vom Freistaat Thüringen verfolgte Politik, Geflüchtete möglichst rasch auf die Kommunen zu verteilen, unterstützen wir und sehen mit Blick auf besonders vulnerable Personengruppen noch einigen Verbesserungsbedarf. Aus diesem Grund kann die Zielsetzung des vorliegenden Gesetzentwurfes, die Verweildauer von Geflüchteten in der Erstaufnahmeeinrichtung auf 18 Monate zu erhöhen, nicht unsere Zustimmung finden.

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1522
zu Drs. 7/2286

Wir sind im Gegenteil der Auffassung, dass ein noch längerer Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung für Freistaat und Kommunen die Probleme eher verstärkt als sie zu lösen. Unsere haupt- und ehrenamtlich in der Geflüchtetenarbeit Engagierten berichten immer wieder, dass erst nach der Verteilung auf die Kommunen viele Schutzsuchende zur Ruhe kommen, notwendige Gesundheitsbehandlungen anschlagen und sich das Leben v.a. in Familien wieder „sortiert“. Vor Ort ist der Zugang zu Bildung, Versorgung und Beschäftigung viel besser und nachhaltiger zu organisieren als zentral in nur einer Thüringer Stadt. Die Verteilung hat zudem den wichtigen Vorteil, dass für unsere öffentlichen Institutionen und Gesellschaft insgesamt die Integration von Geflüchteten ressourcenmäßig deutlich leichter zu bewältigen ist.

Müssen Geflüchtete dagegen über einen langen Zeitraum in den ungünstigeren Bedingungen einer Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben, breitet sich schnell Unsicherheit über die eigene Zukunft, Perspektiv- und Antriebslosigkeit aus. Bei manchen führt dies, gepaart mit der räumlichen Enge, sicher auch zu Aggression. Auch für die Bediensteten der Erstaufnahmeeinrichtung, den Anwohnerinnen und Anwohner und nicht zuletzt auch für die Polizei entstehen hierdurch zusätzliche Probleme, die mit einer raschen Verteilung vermeidbar wären.

Der mit dem Gesetzentwurf versandte Fragenkatalog bezieht sich vorrangig auf die Verknüpfung der Aufnahmespflicht mit dem Vorhandensein von gültigen Ausweispapieren. Auch dies lehnen wir ab. Zunächst muss bezweifelt werden, ob für eine solche Regelung überhaupt eine Gesetzgebungskompetenz des Landes besteht. Der Bund hat diese Frage nach unserer Einschätzung bereits abschließend geregelt. Ebenso bestehen schon heute im Rahmen der Identitätsklärung umfangreiche Mitwirkungspflichten und behördliche Sanktionsmöglichkeiten, die als ausreichend zu betrachten sind.

Selbst wenn man die verfassungsrechtlichen Bedenken außer Acht ließe, dürfte es in der Praxis schlicht unrealistisch sein, durch die geplante Regelung die Zahl derjenigen Geflüchteten, die keine gültige Ausweisdokumente vorlegen können, spürbar zu reduzieren. Zunächst einmal ist allgemein bekannt, dass in vielen Herkunftsländern die Ausstellung eines Reisedokuments fast unmöglich ist. Dies gilt gerade für Krisenregionen. Ebenso bekannt ist, dass viele Schleuser die Aushändigung der Pässe verlangen oder der Verlust der Papiere tatsächlich in den Wirren der Flucht erfolgt. Aus unserer Sicht ist eine mutwillige Vernichtung der Ausweispapiere dagegen in vielen Fällen eher ein Ausdruck der Verzweiflung als ein krimineller und kühl kalkulierter Akt, den man mit einer singulären Thüringer Regelung unterbinden könnte.

Insgesamt können wir für die vorgeschlagene Neuregelung also keine Grundlage erkennen.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter des Katholischen Büros

Seite 2 von 2

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)